

Im Frühjahr 1957 setzte die Bundesregierung eine „Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkriegs“ ein. Ging es dem federführenden Vertriebenenministerium darum, Dokumentenmaterial für etwaige Friedensverhandlungen zusammenzustellen, wollte der mitgliederstarke Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen das Thema der Kriegsgefangenschaft in der bundesdeutschen Erinnerungskultur prominent platzieren. Birgit Schwelling untersucht, wie das von der Kommission vertretene Postulat strenger Wissenschaftlichkeit zunächst mit den „Überlieferungsbedürfnissen“ der Zeitzeugen, dann auch mit den entspannungspolitischen Rücksichten wechselnder Bundesregierungen in Konflikt geriet, die für eine Sekretierung der Dokumentation in ausgewählten Bibliotheken sorgten.

Birgit Schwelling

## Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik

Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957 bis 1975

### 1. Einleitung

Im Vergleich zur Geschichtsschreibung älterer Epochen unterliegt die Zeitgeschichte, verstanden als „Epoche der Mitlebenden und ihrer wissenschaftlichen Behandlung“<sup>1</sup>, bekanntlich besonderen Bedingungen. Als „Geschichte, während sie noch qualmt“<sup>2</sup>, operiert sie stets in einem Spannungsfeld, das von *Erinnerung* auf der einen und *Politik* auf der anderen Seite markiert wird.

Die Geschichte der „Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte“ ist ein besonderes prägnantes Beispiel für die spannungsreiche Beziehung zwischen Zeitgeschichte, Erinnerung und Politik.

Im Frühjahr 1957 im Auftrag der Bundesregierung zunächst unter dem Namen „Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkriegs“ (WK) vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) eingerichtet und mit insgesamt rund vier Millionen DM finanziert, erhielt sie den Auftrag, „das Schicksal der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs wissenschaftlich zu dokumentieren“<sup>3</sup>. Die im Vergleich mit ähnlichen historiographischen Großprojekten der

<sup>1</sup> Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: VfZ 1 (1953), S. 2.

<sup>2</sup> Barbara Tuchman, *Wann ereignet sich Geschichte?*, in: Dies., *In Geschichte denken*, Düsseldorf 1982, S. 31.

<sup>3</sup> Zur Geschichte der WK vgl. die Ausführungen von Erich Maschke, *Deutsche Kriegsgefangenengeschichte: Der Gang der Forschung*, in: Ders. (Hrsg.), *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs*, Bd. XV: *Die Deutschen Kriegsgefangenen des Zwei-*

frühen Bundesrepublik<sup>4</sup> spät erfolgte Einsetzung der WK ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die letzten der insgesamt rund 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs erst in den Jahren 1955/56 nach Deutschland zurückkehrten. Vorher standen Initiativen im Zusammenhang mit dieser Problematik stets unter dem Vorbehalt, die Repatriierung der letzten Gefangenen zu behindern bzw. zu verzögern. Pläne zu einer Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen hatte es seit 1949 gegeben. Bemühungen, die das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart, bereits 1949 und das Bundesarchiv im Jahr 1953 unternommen hatten, blieben allerdings ohne ausreichendes Ergebnis<sup>5</sup>. Auch bei dem aus Vertretern der Arbeiterwohlfahrt, des Caritas-Verbandes, des Evangelischen Hilfswerkes für Kriegsgefangene und Internierte, des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, der SPD-Kriegsgefangenenhilfe und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e. V. (VdH) zusammengesetzten Kriegsgefangenenbeirat des BMVt, auf dessen Initiative die WK schließlich 1957 gegründet wurde, war eine Dokumentation zum Thema Kriegsgefangenschaft schon seit längerem im Gespräch.

Die Vielzahl der im Beirat vertretenen Organisationen lässt bereits deutlich werden, dass von einer einheitlichen Motivlage für die Einsetzung der WK nicht ausgegangen werden kann. Während das BMVt darum bemüht war, Dokumentenmaterial für etwaige Friedensverhandlungen zusammenzustellen<sup>6</sup>, ging es

---

ten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung. München 1974, S. 1–37, Zitat S. 4, sowie Erich Maschke, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges als Aufgabe zeitgeschichtlicher Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. 1/1: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, 1941–1949, mit einer Einführung von Erich Maschke zur gesamten Schriftenreihe, München 1962, S. VII–XX.

<sup>4</sup> Es handelt sich zum einen um die von Theodor Schieder verantwortete, vom BMVt zwischen 1953 und 1962 herausgegebene neunbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, zum anderen um die vom Vertriebenenministerium zwischen 1958 und 1964 in fünf Bänden herausgegebenen „Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegsgeschädigte, Währungsgeschädigte.“ Zum erstgenannten vgl. Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: VfZ 46 (1998), S. 345–389; ders., Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), H. 2, S. 99–117; ders., „Ein der wissenschaftlichen Forschung sich aufdrängender historischer Zusammenhang.“ Von den Schwierigkeiten, „Flucht und Vertreibung“ zu kontextualisieren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 59–64; Robert G. Moeller, War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany, Berkeley 2001, S. 51–87.

<sup>5</sup> Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 4.

<sup>6</sup> Maschke hielt sich diesbezüglich in seinem Abriss der Geschichte der WK zurück, sprach aber von der „politischen Seite der Forschungsaufgabe“ (ebenda, S. 12), ohne dies allerdings näher zu erläutern. Ein weiterer, ähnlich wenig ausgeführter Verweis findet sich im Abschnitt über die Darstellungsform der Forschungsergebnisse. So soll ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bei einer Sitzung des Kriegsgefangenenbeirats am 11. 4. 1957 „an die Publikationsform eines Weißbuches erinnert“ haben (ebenda, S. 20). In den Akten zur WK finden sich immer wieder

dem VdH, um nur einen der im Beirat vertretenen Akteure herauszugreifen, darum, die Erfahrungen seiner Mitglieder öffentlich sichtbar zu machen, Kriegsgefangenschaft als Thema in Geschichtsschreibung und öffentlicher Erinnerung zu platzieren und auf Inhalt und Form entsprechender Repräsentationen Einfluss zu nehmen<sup>7</sup>.

Als Leiter der WK, die im Frühjahr 1958 ihre Arbeit aufnahm, wurde Hans Koch berufen. Er hatte zu diesem Zeitpunkt einen Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte inne, leitete seit 1952 das Osteuropa-Institut in München und war zudem insofern mit der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen verbunden, als er im September 1955 als Mitglied von Bundeskanzler Adenauers Delegation nach Moskau gereist war<sup>8</sup>. Nach Kochs plötzlichem Tod im Frühjahr 1959 wurde die Leitung der WK Erich Maschke übertragen<sup>9</sup>. Neben Maschke sollte Kurt W. Böhme eine der wichtigsten Personen in der WK werden. Bis zu seinem Wechsel in die WK war Böhme als Abteilungsleiter beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München tätig gewesen. Zunächst mit der technischen Leitung des Kriegsgefangenen-Projekts beauftragt, wurde er im Jahr 1959 zum Geschäftsfüh-

---

Hinweise darauf, dass die Bemühungen in dieser Angelegenheit, zumindest was die beteiligten Ministerien anbelangt, in der Tradition der politischen Farbbücher standen, in denen in der Regel erlittene (eigene) Opfer aufgelistet und die dafür Verantwortlichen benannt werden mit der Absicht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Auch die Initiative zur Dokumentation der Vertreibung lässt sich auf dieses Motiv zurückführen. Vgl. Beer, *Die Dokumentation*, S. 102 u. S. 112.

<sup>7</sup> In diesem Sinne äußerte sich der damalige Präsident des VdH, der Oberbürgermeister von Kempten, August Fischer, bei einer Sitzung des Kriegsgefangenenbeirates im April 1957: „Die Heimkehrer sind daran interessiert, daß ihr Schicksal und das ihrer verstorbenen Kameraden für die kommende Geschichtsschreibung festgehalten wird.“ Zitat bei Maschke, *Deutsche Kriegsgefangenengeschichte*, in: Ders. (Hrsg.), *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen*, Bd. XV, S. 28.

<sup>8</sup> Vgl. Werner Maibaum, *Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst. Gründungsgeschichte und Aufbauphase*, Bonn 2004, S. 30.

<sup>9</sup> Maschke, seit 1956 Lehrstuhlinhaber für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Heidelberg, wurde am 2. 3. 1900 in Berlin geboren, studierte von 1919 bis 1923 Medizin, später erst in Berlin, ab 1925 in Königsberg Geschichte und Geographie. Seit 1929 als Dozent in Königsberg, war er in das Netzwerk um Hans Rothfels, Theodor Schieder, Werner Conze und Theodor Oberländer eingebunden. 1935 wurde er auf einen Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte nach Jena berufen, im Jahr 1942 wechselte er nach Leipzig. Maschke war Mitglied der NSDAP und SA und stellte sich, wie auch andere Mitglieder des Königsberger Kreises, mit seinen Schriften und Vorträgen bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Ostpolitik und war darüber hinaus unmittelbar in nationalsozialistische Propagandaaktivitäten eingebunden. 1945 von der Roten Armee gefangen genommen, blieb Maschke bis 1953 als Zivilinternierter in Gefangenschaft. Nach seiner Rückkehr erhielt er im Jahr 1954 zunächst einen Lehrauftrag an der Universität Heidelberg, die 1956 schließlich einen Lehrstuhl für ihn einrichtete. Maschke verstarb im Jahr 1982. Zur Vita vgl. Eckart Schremmer, Erich Maschke (2. März 1900–11. Februar 1982), in: *Historische Zeitschrift* 235 (1982), S. 251–255; kritischer, vor allem auf Maschkes Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 eingehend: Michael Burleigh, *Germany turns eastwards: a study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988; Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1992; Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000.

rer der WK ernannt. Er sollte außerdem maßgeblich an der wissenschaftlichen Bearbeitung beteiligt sein. Was die weitere personelle Besetzung der WK anging, herrschte im BMVt zunächst der Wunsch vor, namhafte Gelehrte für das Projekt zu gewinnen, aber Koch setzte auf einen Stab junger Nachwuchswissenschaftler, die, so sein Argument, anders als ihre renommierten Kollegen nicht stark überlastet waren und der WK deshalb in einem umfangreicheren Maß zur Verfügung stehen konnten<sup>10</sup>.

Was insgesamt für wissenschaftliche Langzeitprojekte gelten kann, traf auch auf die WK und ihre über rund 16 Jahre andauernde Tätigkeit zu: Modifizierungen in der Planung und Veränderungen der inhaltlichen Schwerpunkte blieben nicht aus. Ursprünglich war an eine Dokumentation im eigentlichen Sinn gedacht gewesen, die ähnlich wie das Projekt zur Vertreibung als Zusammenstellung von Dokumenten und Erlebnisberichten angelegt sein sollte. Bald stellte sich jedoch heraus, dass eine solche Dokumentation von der Quellenlage her nicht in Frage kam. Die WK verfügte im Vergleich zur Schieder-Kommission nicht nur über eine sehr viel größere Anzahl an schriftlichen Quellen; auch die geographische Streuung der Kriegsgefangenen machte eine Auswahl typischer Berichte über die Kriegsgefangenschaft schwierig<sup>11</sup>. Selbst an der grundlegenden Aufgabe, „das Schicksal von 11 bis 12 Millionen Kriegsgefangenen in mindestens 20 Gewahrsamsstaaten von den Kriegsjahren bis zum Jahre 1956, als die letzten heimkehrten, in seinem ganzen Umfange und der ganzen Vielfalt als ein Stück deutscher Zeitgeschichte zu erfassen“<sup>12</sup>, mussten einige Abstriche vorgenommen werden. So wurde der Teilaspekt der Zivilgefangenen fallen gelassen. Auch das Gesundheitswesen in den Kriegsgefangenenlagern wurde ausgeklammert, da der VdH bereits die Erforschung dieser Thematik initiiert und mit der Veröffentlichung der Ergebnisse in einer Schriftenreihe begonnen hatte<sup>13</sup>. Auseinanderset-

<sup>10</sup> Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 7. Zur personellen Struktur der WK vgl. ebenda, S. 15 f.

<sup>11</sup> Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ebenda, S. 20 f.; ders., Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/1, S. XIX. Die Änderung des Namens der WK im Jahr 1961, die auf einen von Maschke eingebrachten Antrag zurückgeht, ist auf diesen Umstand zurückzuführen. Neben pragmatischen Gründen – ihm erschien der Name „zu lang und daher im Briefverkehr unpraktisch“ –, wird darin ein Wandel in der inhaltlichen Konzeption deutlich: „Der Charakter des uns zur Verfügung stehenden Materials hat bei der Ausarbeitung von Monographien ergeben, dass eine Dokumentation im strengen Sinne nicht möglich ist. Wir können die Dokumente (Heimkehrerberichte und ausländische Unterlagen) nicht, wie bei der Vertriebenendokumentation, nacheinander abdrucken, weil sie sich inhaltlich stets auf mehrere Themen erstrecken. Sie müssen außerdem nach den Prinzipien der wissenschaftlichen Forschungsmethode jeweils durch Verbindungstexte und kritische Anmerkungen miteinander verknüpft werden.“ In: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), B 205/1742, Maschke an BMVt, 2. 11. 1961.

<sup>12</sup> Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.) Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 19.

<sup>13</sup> Vgl. Extreme Lebensverhältnisse und ihre Folgen. Schriftenreihe des ärztlich-wissenschaftlichen Beirates des Verbandes der Heimkehrer Deutschlands e.V., hrsg. von W. von Nathusius und E.G. Schenck, 8 Bände, Bonn–Bad Godesberg 1958–1964. Vgl. dazu Christiane Winkler, Männlichkeit und Gesundheit der deutschen Kriegsheimkehrer im Spiegel der Ärztekongresse

zungen mit der Zentralen Rechtsschutzstelle (ZR) des Auswärtigen Amtes, auf die noch zurückzukommen sein wird, führten dazu, dass darüber hinaus bestimmte juristische Aspekte der Thematik ausgeblendet wurden<sup>14</sup>.

Die WK sah sich einem sozialgeschichtlichen Ansatz verpflichtet, der auf der Basis unterschiedlicher Quellengattungen – erstens Aussagen und Aufzeichnungen ehemaliger Kriegsgefangener wie etwa Berichte, Tagebücher, Briefe und Kriegsgefangenenzeitungen, zweitens Akten deutscher Dienststellen, Organisationen und Verbände sowie der westlichen Gewahrsamsmächte, drittens Unterlagen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) und der Young Men's Christian Association (YMCA), beide Genf, die als humanitäre internationale Organisationen Zugang zu den Kriegsgefangenenlagern hatten<sup>15</sup> – „objektive“ wie „subjektive“ Aspekte gleichermaßen berücksichtigen sollte. Der „objektive“ Bereich betraf alle quantifizierbaren Aspekte wie etwa die Zahl der Kriegsgefangenen, die Lagersystematik, die Verpflegungssätze und -mengen in den Gefangenenlagern, die Arbeitsleistungen und Ähnliches. Die „subjektiven“ Aspekte bezogen sich auf das Erlebnis und die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft, die man mit sozialpsychologischen Verfahren aufzuklären versuchte<sup>16</sup>.

Vor allem aus der Erforschung der „subjektiven“ Aspekte folgte die WK, dass die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen keine „Geschichte des Handelns, sondern des Leidens“ sei<sup>17</sup>. Die Mitarbeiter der WK waren sich durchaus darüber bewusst, dass aus einer solchen Interpretation eine besondere Gefahr resultierte, dass nämlich der „Verdacht“ entstehen könne, mit den Studien werde eine „Gegenrechnung“ aufgemacht und solle „Unrecht gegen Unrecht aufgerechnet werden“<sup>18</sup>. Diesem Problem versuchte die WK durch eine vergleichende Forschungsstrategie zu begegnen, die darin bestand, parallele Forschungsprojekte im Ausland anzuregen. Erfolg hatten diese Kooperationsbemühungen zum Bedauern der WK allerdings nur in Frankreich, wo unter der Leitung von Fernand Braudel eine Kommission zur Erforschung der Geschichte der französi-

---

des „Verbands der Heimkehrer“, in: Martin Dinges (Hrsg.), *Männlichkeit und Gesundheit im historischen Wandel ca. 1800 bis ca. 2000*, Stuttgart 2007, S. 157–173.

<sup>14</sup> Vgl. Maschke, *Deutsche Kriegsgefangenengeschichte*, in: Ders. (Hrsg.), *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen*, Bd. XV, S. 17 f. Neben diesen zum Teil freiwillig, zum Teil erzwungen ausgeklammerten Aspekten der Kriegsgefangenen-Thematik hat Andreas Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, Essen 2000, S. 24, auf weitere fehlende, von der WK vernachlässigte Themenbereiche aufmerksam gemacht. Gänzlich ausgeklammert wurde sowohl die Vorgeschichte der Kriegsgefangenschaft als auch deren „Nachgeschichte“, d. h. die Problematik der Rückkehr und Reintegration der ehemaligen Kriegsgefangenen. Er vermisst darüber hinaus mentalitätsgeschichtliche Aspekte, vor allem die Frage nach dem „Rußlandbild“ der Kriegsgefangenen.

<sup>15</sup> Vgl. Maschke, *Deutsche Kriegsgefangenengeschichte*, in: Ders. (Hrsg.), *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen*, Bd. XV, S. 30 f.; ders., *Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen*, in: Ebenda, Bd. I/1, S. XVI–XVIII. Vgl. auch Erich Maschke, *Quellen und Methoden*, in: Ebenda, Bd. XV, S. 41–59.

<sup>16</sup> Vgl. Maschke, *Deutsche Kriegsgefangenengeschichte*, in: Ebenda, S. 19.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 29.

schen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam eingerichtet worden war, mit der die WK zumindest zeitweise kooperierte<sup>19</sup>.

Was das übergeordnete Gliederungsprinzip betrifft, nach dem schließlich auch die über 10.000 Seiten umfassenden Bände der Schriftenreihe organisiert wurden, orientierte sich die WK an politisch-geographischen Gegebenheiten. So entstanden insgesamt 22 Bände, von denen zwei Bände der Gefangenschaft in Jugoslawien<sup>20</sup>, sieben Bände der Sowjetunion<sup>21</sup>, ein Band Polen und der Tschechoslowakei<sup>22</sup>, zwei den deutschen Gefangenen in US-amerikanischem Gewahrsam<sup>23</sup>, zwei den Gefangenen in britischer Hand<sup>24</sup>, ein Band dem Gewahrsam in Frankreich<sup>25</sup> und ein Band der Gefangenschaft in Belgien, den Niederlanden und Luxemburg<sup>26</sup> gewidmet war. Ein übergreifender Band befasste sich mit „Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen“<sup>27</sup>; in zwei Beiheften wurden autobiographische Aufzeichnungen aus den Lagern veröffentlicht<sup>28</sup>.

Keine wissenschaftliche Arbeit über die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs wird auf eine Konsultation der Bände der WK verzichten können, auch wenn seit der Öffnung der russischen Archive Korrekturen an den For-

<sup>19</sup> Vgl. ebenda.

<sup>20</sup> Vgl. Maschke (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/1, und ebenda, Bd. I/2: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, 1949–1953, München 1964.

<sup>21</sup> Ebenda, Bd. II: Diether Cartellieri, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Die Lagergesellschaft. Eine Untersuchung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Kriegsgefangenenlagern, München 1967; Bd. III: Hedwig Fleischhacker, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Der Faktor Hunger, München 1965; Bd. IV: Werner Ratza, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Der Faktor Arbeit, mit einer Einführung von Erich Maschke, München 1973; Bde. V/1–3: Kurt Bährens, Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion, München 1965; Bd. VI: Wolfgang Schwarz, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Aus dem kulturellen Leben, München 1969; Bd. VII: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand – Eine Bilanz, mit einer Beilage von Johann Anton, München 1966; Bd. VIII: Gert Robel, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Antifa, München 1974.

<sup>22</sup> Bd. IX: Otto Böss, Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei, München 1974.

<sup>23</sup> Bd. X/1: Hermann Jung, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand – USA, München 1974; Bd. X/2: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand – Europa, München 1973.

<sup>24</sup> Bd. XI/1: Helmut Wolff, Die deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand – Ein Überblick, München 1974; Bd. XI/2: Henry Faulk, Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien – Re-education, München 1970.

<sup>25</sup> Bd. XIII: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand, mit einem Beitrag von Horst Wagenblaß, München 1971.

<sup>26</sup> Bd. XII: Hermann Jung, Die deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, München 1966.

<sup>27</sup> Bd. XIV: Kurt W. Böhme, Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen, München 1968.

<sup>28</sup> Beiheft 1: Michael Reck (Pseudonym), Tagebuch aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1945–1949, bearb. von Kurt W. Böhme, München 1967; Beiheft 2: Aufzeichnungen über die Kriegsgefangenschaft im Westen, bearb. von Kurt W. Böhme und Helmut Wolff, München 1973.

schungsergebnissen der WK notwendig geworden sind<sup>29</sup>. Nichtsdestotrotz wird den Leistungen der WK nach wie vor große Anerkennung entgegengebracht – zumindest von denjenigen, die sie zur Kenntnis nehmen<sup>30</sup>. Rüdiger Overmans zufolge stellt die Dokumentation noch heute „das wichtigste Standardwerk zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs dar“<sup>31</sup>. Peter Steinbach konzidiert der WK „wissenschaftlich außerordentlich solide Forschungsergebnisse“<sup>32</sup> und nennt das Forschungsvorhaben eines der „bis heute [...] bemerkenswertesten sozialhistorischen Forschungsprojekte der deutschen Geschichtswissenschaft“<sup>33</sup>. Und Wolfgang Benz bezeichnet die Arbeit der WK als „seriös und gründlich“<sup>34</sup>.

Weder diese anerkennenden Worte noch die zahlreichen Konflikte, die die WK im Laufe ihrer Existenz sowohl mit dem 1950 gegründeten Interessenverband VdH, als auch mit der Bundesregierung auszutragen hatte, führten bisher dazu, dass die Geschichte der WK zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung geworden wäre<sup>35</sup>. Dabei lässt sich der mögliche Ertrag einer solchen

<sup>29</sup> Vgl. dazu ausführlich Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, der die Ergebnisse der WK mit den entsprechenden Aktenbeständen aus der ehemaligen Sowjetunion abgeglichen und zu einer umfassenden Darstellung verarbeitet hat.

<sup>30</sup> Overmans kommt in einem den Forschungsstand zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft zusammenfassenden und bewertenden Essay zu dem Ergebnis, dass die Schriftenreihe der WK von der Wissenschaft weitgehend ignoriert worden sei und in der Literatur kaum Erwähnung finde. Dazu beigetragen habe auch die rund zehnjährige Verzögerung der Veröffentlichung der Bände. Vgl. Rüdiger Overmans, *Ein Silberstreif am Forschungshorizont? Veröffentlichungen zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft*. Bibliographischer Essay, in: Ders. (Hrsg.), *In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg*, Köln u. a. 1999, S. 483–506, hier S. 497.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 496.

<sup>32</sup> Peter Steinbach, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur deutsch-sowjetischen Beziehungsgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 24* (1991), S. 37–52, Zitat S. 39.

<sup>33</sup> Ders., *Die sozialgeschichtliche Dimension der Kriegsheimkehr*, in: Annette Kaminsky (Hrsg.), *Heimkehr 1948*, München 1998, S. 325–340, Zitat S. 330.

<sup>34</sup> Wolfgang Benz, *Einleitung*, in: Ders./Angelika Schardt, *Kriegsgefangenschaft. Berichte über das Leben in Gefangenenlagern der Alliierten von Otto Engelbert, Kurt Glaser, Hans Jonitz und Heinz Pust*, München 1991, S. 7–15, Zitat S. 10.

<sup>35</sup> Ausnahmen, die allerdings nur wenige Teilaspekte behandeln, sind zum einen ein Aufsatz von Steininger in einem Sammelband, dessen Beiträge sich mit den höchst umstrittenen und inzwischen widerlegten Thesen des kanadischen Journalisten James Bacque auseinandersetzen (vgl. James Bacque, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946*, Frankfurt a. M. 1989). Bacque hatte behauptet, dass die US-amerikanische und die französische Regierung von Racheabsichten geleitet den Tod einer Million deutscher Kriegsgefangener wissentlich verursacht hätten. Von deutscher Seite sei diese angeblich vor allem von Eisenhower zu verantwortende Racheaktion aus Rücksicht auf die westlichen Alliierten verschwiegen worden. In diesem Zusammenhang hatte Bacque auch massive Vorwürfe gegen die WK vorgebracht, mit denen sich Steininger auseinandersetzt. Vgl. Rolf Steininger, *Some Reflections on the Maschke-Commission*, in: Günter Bischof/Stephen E. Ambrose (Hrsg.), *Eisenhower and the German POWs. Facts against Falsehood*, Baton Rouge 1992, S. 170–180. Zum anderen hat Overmans einen kurzen Eintrag über die Maschke-Kommission zu einer Enzyklopädie der Kriegsgefangenschaft beigetragen, der allerdings nicht über einen

Untersuchung bereits *prima vista* erkennen. Denn die WK stand während ihrer gesamten Laufzeit in einem doppelten Spannungsverhältnis: Erstens wurde von Seiten der ehemaligen Kriegsgefangenen erwartet, dass ihr persönliches Schicksal in den Arbeiten der WK angemessene Berücksichtigung finden sollte. Das von der WK vertretene Postulat strenger Wissenschaftlichkeit geriet dabei in Konflikt mit den Erinnerungs- und Überlieferungsbedürfnissen der Zeitzeugen, die im VdH einen wortmächtigen und, vor allem in den 1950er Jahren, einflussreichen Fürsprecher gefunden hatten. Neben diese Konflikte zwischen Erinnerung und Zeitgeschichtsschreibung traten zweitens Differenzen mit der Bundesregierung und ihren Ministerien, die auf dem Primat der Politik beharrten und die Erkenntnisse zeitgeschichtlicher Forschung diesem unterzuordnen versuchten.

Dieses die WK von Beginn an begleitende, selbst über deren Auflösung im Jahr 1972 bestehende Reibungspotential soll im Folgenden einer Analyse unterzogen werden. Dabei geht es vor allem um die Frage, welche Auffassungen die beteiligten Akteure von einer angemessenen Repräsentation der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen vertraten. Deutlich wird auf diese Weise, an welche Grenzen die Zeitgeschichtsschreibung in den Anfängen der Bundesrepublik stoßen konnte und durch welche Bedürfnisse, Ansprüche, Rücksichtnahmen und Interessen diese Grenzen begründet waren. Die Analyse der Mechanismen dieses Konflikts zwischen Geschichtsschreibung, Erinnerung und Politik erlaubt es darüber hinaus, Antworten auf die weiter gefasste Frage nach der Wirkung von „Vergangenheit“ in den Anfängen der Bundesrepublik zu formulieren. Deutlich wird, dass die Zeit des Nationalsozialismus keineswegs die einzige Referenzvergangenheit war, auf die sich Politik und Gesellschaft bezogen.

Die lange in der Erforschung des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dominante These, wonach sich die 1950er Jahre durch eine weitgehende Erinnerungsverweigerung auszeichneten, wurde in jüngster Zeit von verschiedener Seite widersprochen<sup>36</sup>. Nicht von einem Verdrängen und Vergessen der für die Bundesrepublik in ihren Anfängen unmittelbaren Vergangenheit ist auszugehen, so zeigen neuere Studien, sondern von sehr regen Erinnerungsvorgängen, die sich allerdings durch einen auf deutsche Opfer konzentrierten Zugang auszeichneten<sup>37</sup>. Die jüngsten Debatten um Vertreibung, Bombenkrieg

---

Abriss der wesentlichen Eckdaten hinausgeht. Vgl. Rüdiger Overmans, Maschke-Commission, in: Jonathan F. Vance (Hrsg.), *Encyclopedia of Prisoners of War and Internment*, Santa Barbara 2000, S. 183–184. Darüber hinaus liefert Moeller in seiner Untersuchung der öffentlichen Thematisierung des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik einen kurzen Abriss über die Geschichte der WK unter dem Fokus der in den Studien der WK explizit und implizit enthaltenen Deutungen der jüngsten Vergangenheit. Vgl. Robert G. Moeller, *War Stories: The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, in: *American Historical Review* 101 (1996), S. 1008–1048, hier S. 1024–1032.

<sup>36</sup> Vgl. dazu Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Moeller, *War Stories*.

<sup>37</sup> Die Unterscheidung zwischen „Opfern der Deutschen“ und „deutschen Opfern“ geht auf Moeller zurück. Vgl. dazu u. a. Robert G. Moeller, *Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik*, in: Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 29–58.



und Vergewaltigungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben jedoch deutlich werden lassen, dass nach wie vor Forschungslücken zu füllen sind, wenn es um die Frage geht, wann, von wem und mit welcher Intensität und Reichweite welche Aspekte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit thematisiert oder tabuisiert wurden. Auch hier kann die folgende Analyse einen Beitrag leisten, indem sie einen Blick auf die Problematik der Kriegsgefangenschaft und deren Stellenwert in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wirft.

## **2. Zum Spannungsverhältnis zwischen Zeitgeschichte und Erinnerung: Die Wissenschaftliche Kommission und der Verband der Heimkehrer**

Als Mitglied des Kriegsgefangenenbeirats beim BMVt war der VdH einer derjenigen Verbände, die schon früh die Erstellung einer Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs angeregt hatten und schließlich an der Gründung der WK beteiligt waren<sup>38</sup>. Wie auch die anderen Verbände und Organisationen im Kriegsgefangenenbeirat verfügte der VdH über Materialien, auf die die WK dringend angewiesen war<sup>39</sup>. Zunächst wurde daher verabredet, dass die mit der Problematik der Kriegsgefangenschaft und Heimkehr befassten Verbände und Organisationen eine Übersicht über die in ihrem Besitz befindlichen Materialien erstellen und eine erste Sichtung dieser Unterlagen vornehmen sollten. Im Falle des VdH bedeutete dies eine erste Auswertung der bis dahin erschienenen neun Jahrgänge des Verbandsorgans *Der Heimkehrer*, die Sichtung der Schriftenreihe „Extreme Lebensverhältnisse und ihre Folgen“

<sup>38</sup> Der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V. wurde am 18. 3. 1950 als zentrale Organisation der bis zu diesem Zeitpunkt verstreut existierenden Interessenverbände ehemaliger Kriegsgefangener gegründet. Seine Betätigungsfelder reichten vom Einsatz für die Freilassung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und sogenannten „Kriegsverurteilten“ über die Forderung nach adäquater Berücksichtigung der ehemaligen Kriegsgefangenen im Rahmen der Kriegsfolgengesetzgebung bis hin zur politischen Bildungsarbeit. Vor allem in den 1950er Jahren, als der Verband seine höchste Mitgliederzahl erreichte (1955: 500.000 Mitglieder), war der VdH ein in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ausgesprochen präsender Akteur, der mit der Veranstaltung von „Kriegsgefangenen-Gedenkwochen“ und „Heimkehrer-Deutschland-Treffen“ große Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte. Im September 2006 hat sich der VdH, der sich als Generationenverband verstand und von daher im Unterschied etwa zu den Vertriebenenverbänden keine Nachwuchsarbeit betrieb, aufgelöst. Das VdH-Archiv, auf dessen Bestände im Folgenden u. a. zurückgegriffen wird, wurde nach der Auflösung vom BA-MA übernommen. Vgl. ausführlich Birgit Schwellung, Politische Erinnerung. Der Verband der Heimkehrer und die Integration ehemaliger Kriegsgefangener in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, Habilitationsschrift, Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder 2007.

<sup>39</sup> Dieser Umstand veranlasste Maschke in der Rückschau dazu, eine „totale Verbandsabhängigkeit“ der WK zu konstatieren, die allerdings aufgrund der Vielzahl der kooperierenden Verbände zu keinem Zeitpunkt zu einer Gefährdung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit geführt habe. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenen-Geschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. XV, S. 32.

sowie die Verschlagwortung von Archivbeständen<sup>40</sup>, die sich im Besitz des Verbandes befanden<sup>41</sup>. Hinzu kam die Auswertung der Sammlung „Geistige Zeugnisse aus der Kriegsgefangenschaft“, mit der der VdH im Jahr 1957 begonnen hatte<sup>42</sup>.

Rasch wurde jedoch deutlich, dass die im Besitz der Verbände befindlichen Materialien als Quellen nicht ausreichten und dass daher Erhebungen von weiteren Berichten über die Kriegsgefangenschaft notwendig sein würden<sup>43</sup>. Ab dem Jahr 1958 rief die WK in Presseberichten und Aushängen gezielt dazu auf, solche Berichte zu verfassen und an die WK zu übersenden. Hier nun kam dem VdH eine besondere Rolle zu, weil es sich bei seinen rund 350.000 Mitgliedern<sup>44</sup> überwiegend

<sup>40</sup> Dabei handelte es sich um die von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e.V. übernommenen, vor allem aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammenden Archivbestände, die der VdH sukzessive durch Quellen ergänzte, die die Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs betrafen. Zur Geschichte dieser Sammlung, aus der der VdH die von ihm zwischen 1951 und 1965 präsentierte Wanderausstellung „Kriegsgefangene reden“, später „Wir mahnen. Erlebnis als Aufgabe“, bestückte, vgl. Wilfried Rogasch, Zur Geschichte der Sammlung, in: Kriegsgefangen. Objekte aus der Sammlung des Archivs und Museums der Kriegsgefangenschaft, Berlin, und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V., im Deutschen Historischen Museum (DHM), Berlin 1990, S. 12–15.

<sup>41</sup> BA-MA, B 205/1757, Bericht Stoepel über die Mitarbeit des VdH an der Dokumentation, 31. 3. 1959.

<sup>42</sup> Die Initiative zur Sammlung dieser Dokumente und Berichte über das kulturelle Leben in den Kriegsgefangenenlagern war von dem Leiter des Frankfurter Goethemuseums, Prof. Dr. Beutler, ausgegangen, der sich zunächst an das Innenministerium gewandt hatte. Anlass waren zahlreiche Briefe, die Beutler von ehemaligen Kriegsgefangenen erhalten hatte und in denen diese beteuerten, wie wichtig ihnen insbesondere Goethe während ihrer Gefangenschaft geworden war. Beutler deutete dies als „ein Stück Selbstbesinnung der Nation“, das unbedingt gesichert werden müsse, da „man hier wirklich einmal den Finger am Pulsschlag des Herzens und des Geistes unseres Volkes“ habe (VdH-Archiv, Ordner „Sammlung Geistige Zeugnisse/Bundesministerium des Innern“, Aktenvermerk Rabe betr. Gespräch mit Ministerialrat Dr. Gussone, Bundesministerium des Innern, mit einer Abschrift des Schreibens von Beutler im Anhang, 7. 12. 1956). Das Innenministerium reichte den Vorschlag Beutlers an den VdH weiter, der daraufhin im Mai 1957 in einem im *Heimkehrer* veröffentlichten Aufruf um die Übersendung entsprechender Dokumente und Berichte an den Verband bat. Vgl. *Der Heimkehrer* 8 (1957), Nr. 8, S. 1. Eine Auswahl der rund 1.000 Einsendungen – Gedichte, Lieder, Malereien, Theaterstücke, Märchen, Briefe, aber auch Reflexionen und Berichte über das kulturelle Leben in der Kriegsgefangenschaft – wurde unter dem Titel: Zeugnisse einer Gefangenschaft. Ein Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte hrsg. vom VdH, ausgewählt von Wolfdietrich Kopelke, Bad Godesberg 1962, veröffentlicht.

<sup>43</sup> Für die erste Sichtung und Verschlagwortung des Materials hatte der VdH vom BMVt bis 31. 3. 1959 eine Vergütung von rund 10.000 DM erhalten. Allerdings wurden die Ergebnisse von Seiten des Ministeriums als „derart mager“ eingeschätzt, „daß die dafür geleisteten Aufwendungen kaum gerechtfertigt werden könnten“, in: VdH-Archiv, Ordner „Dokumentation wissenschaftliche Kommission“ (12), Aktenvermerk Stoepel betr. Dokumentation/Unterredung mit Ministerialdirektor Zdralek, BMVt, 18. 2. 1959. Die WK zeigte allerdings auch weiterhin Interesse an einer Kooperation mit dem VdH, in: Ebenda, Stoepel an die Mitglieder des VdH-Präsidiums, S. 12, 2. 3. 1959.

<sup>44</sup> Stand 1957 laut Selbstauskunft VdH, in: Unser Auftrag. Rechenschaftsbericht Mai 1957 bis September 1958, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1958. Die Zahl der Mitglieder war zu diesem Zeitpunkt bereits rückläufig. 1955 zählte der VdH rund 500.000 Mitglieder. Vgl. Tätigkeitsbericht Oktober 1953 bis September 1955, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1955.

um ehemalige Kriegsgefangene handelte, der Verband also über einen ausgezeichneten Zugang zu den von der WK dringend benötigten Zeitzeugen verfügte<sup>45</sup>.

Auf Vorschlag der WK begannen VdH und WK nun auch bei der Erhebung von Berichten über die Kriegsgefangenschaft zu kooperieren. Um an die Aussagen der „Wissensträger“ – so der von der WK gebrauchte Terminus – zu gelangen, schlug man verschiedene Wege ein: Über die VdH-Landesverbände wurden im Dezember 1959 und im Februar 1960 Fragebögen an die Kreis- und Ortsverbände versandt. Des Weiteren nahmen Mitarbeiter der WK an Veranstaltungen des VdH teil, um dessen Mitglieder über die Arbeit der WK zu unterrichten und sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Diesem vergleichsweise hohen Zeitaufwand stand ein enttäuschendes Ergebnis gegenüber. Nur wenige der ehemaligen Kriegsgefangenen waren bereit, einen solchen Bericht anzufertigen oder sich befragen zu lassen. Um diese unbefriedigende Situation zu ändern, unterbreitete Maschke schließlich den Vorschlag, die Mitglieder des VdH zur Abfassung von Erlebnisberichten aus der Kriegsgefangenschaft zu verpflichten. In diesem Zusammenhang schlug er dem VdH vor, auf dem für Anfang September 1960 in Berlin geplanten 6. Verbandstag einen Beschluss zu verabschieden, mit dem die „Kriegsgefangenenokumentation grundsätzlich zu einer historischen Aufgabe des VdH“ erklärt werden sollte<sup>46</sup>. Damit verbunden sollte eine Selbstverpflichtung des Verbandes sein, „innerhalb eines Jahres mindestens 10.000 Erlebnisberichte ehemaliger Kriegsgefangener [...] schreiben zu lassen und sie [...] für eine wissenschaftliche Auswertung zu sammeln“<sup>47</sup>. Maschkes Wunsch war es weiterhin, dass der VdH nun bei seinen Mitgliedern gezielt und kontinuierlich für die Mitarbeit an der Dokumentation werben und in den Verbandsorganen über die Arbeit der WK berichten sollte. Als Beitrag der WK dazu bot er an, einen „Grundsatzartikel“ zu verfassen, diesen auf dem Berliner Verbandstag vorzutragen und später als Sonderdruck und im Verbandsorgan zu veröffentlichen, der über „Sinn und Methode der Dokumentation, sowie über die Themen, die der Heimkehrer bei der Niederschrift seiner Erlebnisse berücksichtigen soll“, informieren sollte<sup>48</sup>. Außerdem schlug Maschke vor, künftig zu jeder „Mehlemer Diskussionswoche“<sup>49</sup> Mitarbeiter der WK zu entsenden, um Teilnehmern „Gelegenheit zur Niederschrift eines Erlebnisberichtes über die Kriegsgefangenschaft zu geben“<sup>50</sup>.

<sup>45</sup> Der erste Leiter der WK, Koch, war offensichtlich der Auffassung, dass der VdH als einziger der mit der WK kooperierenden Organisationen in der Lage sei, „die infrage kommenden Wissensträger zu ermitteln und ihre Nachbefragung zu vermitteln“, so Stoepel, Bezug nehmend auf ein Gespräch mit Koch an die Mitglieder des VdH-Präsidiums, 2. 3. 1959, in: VdH-Archiv, Ordner „Dokumentation Wissenschaftliche Kommission“ (12).

<sup>46</sup> BA-MA, B 205/1757, Maschke an Kießling, 9. 6. 1960.

<sup>47</sup> Ebenda.

<sup>48</sup> Ebenda.

<sup>49</sup> Seit April 1954 engagierte sich der VdH in der politischen Bildungsarbeit. Finanziert durch die Bundeszentrale für Heimatdienst, später Bundeszentrale für politische Bildung, führte der Verband im Haus „Steineck“ in Mehlem Bildungsveranstaltungen für seine Mitglieder durch. Vgl. dazu ausführlich Schwelling, Politische Erinnerung, S. 217–264.

<sup>50</sup> BA-MA, B 205/1757, Maschke an Kießling, 9. 6. 1960.

Nachdem sich das Präsidium des VdH mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt hatte<sup>51</sup>, wurden diese nun nach und nach umgesetzt: Maschke und Böhme nahmen am Verbandstag in Berlin teil, wo Maschke am 2. September 1960 zu den Delegierten über „Sinn und Aufgabe der Kriegsgefangendokumentation“ sprach und dabei auch auf die bisherige Tätigkeit der WK, ihre Arbeitsmethoden und die Möglichkeiten der Kooperation zwischen WK und VdH einging<sup>52</sup>. Im Anschluss an den Vortrag wurde, wie zwischen Maschke und Werner Kießling, Leiter der VdH, zuvor schriftlich verabredet, ein Antrag auf Unterstützung der Arbeit der WK durch den VdH eingebracht, den die Delegierten annahmen. Im Einzelnen wurde beschlossen, dass jede Verbandsstufe innerhalb Jahresfrist mindestens einen Erlebnisbericht über die Kriegsgefangenschaft zu verfassen und an die WK weiterzuleiten habe<sup>53</sup>. Des Weiteren bekräftigte der Beschluss die bereits in der Satzung des Verbandes verankerte Aufgabe, zur „Formung, Erhaltung und Nutzbarmachung der durch Krieg, Gefangenschaft und Heimkehr gewonnenen menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse“ beizutragen<sup>54</sup>, indem die „Dokumentation und geschichtliche Wertung der Kriegsgefangenschaft“ zum Teil des „kulturellen Auftrages“ des Verbandes erklärt und die Notwendigkeit der Sicherung des „geistigen Erbes der Kriegsgeneration“ beschworen wurde<sup>55</sup>. Auch nahmen, wie von Maschke vorgeschlagen, Mitarbeiter der WK an den Bildungsveranstaltungen in Mehlem teil und brachten sich dort mit eigenen Beiträgen ein<sup>56</sup>.

Bald sollte sich jedoch zeigen, dass auch diese Initiativen nicht von Erfolg gekrönt waren. Obwohl im *Heimkehrer* regelmäßig zur Mitarbeit an der Kriegsgefangenen-Dokumentation aufgerufen wurde<sup>57</sup>, gingen bis Mitte März 1961 bei

<sup>51</sup> Ebenda, Kießling an Maschke, 15. 6. 1960.

<sup>52</sup> Vgl. Sinn und Aufgabe der Kriegsgefangendokumentation. Ein Vortrag von Prof. Dr. Erich Maschke, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1960; *Der Heimkehrer* 11 (1960), Nr. 20–12 (1961), Nr. 1.

<sup>53</sup> Unser Weg. Beschlüsse des 6. ordentlichen Verbandstages des VdH, 1.–3. 9. 1960, Kongreßhalle Berlin, S. 8.

<sup>54</sup> Vgl. Satzung des Verbandes der Heimkehrer [o.J.].

<sup>55</sup> Unser Weg. Beschlüsse des 6. ordentlichen Verbandstages des VdH, 1.–3. 9. 1960, Kongreßhalle Berlin, S. 15.

<sup>56</sup> Bei der 58. Diskussionswoche in Mehlem trug Kurt W. Böhme zum Thema „Das Schicksal der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs als Teilstück der deutschen Nachkriegsgeschichte“ vor. An der 72. Diskussionswoche zum Thema „Die Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft und ihre Bedeutung für die Zukunft“ (21.–27. 1. 1962) beteiligten sich neben Maschke, der über „Die Seelenmassage in der Kriegsgefangenschaft“ sprach, drei weitere Mitarbeiter der WK. So referierte Böhme über „Der Einfluß der ideologischen Kriegsführung auf die Gefangenenbehandlung“, Diether Cartellieri über „Psychologische Aspekte der Gefangenschaftssituation“ und Hedwig Fleischhacker über „Gemeinschaft in extremer Lage“. Vgl. *Der Heimkehrer* 13 (1962), Nr. 3.

<sup>57</sup> Vgl. u. a. *Der Heimkehrer* 12 (1961), Nr. 10, und ebenda, Nr. 12. In diesen Aufrufen wurden die Mitglieder des Verbandes erneut auf die „geschichtliche Bedeutung“ der Dokumentation hingewiesen. Außerdem wurde mit der Gefahr des Vergessens argumentiert, sollten die ehemaligen Kriegsgefangenen nicht zur Auskunft bereit sein: „Wenn der Kriegsgefangene nicht selbst spricht, bleibt seine Geschichte – Erfahrung, Leistung und Opfer – den nachfolgenden Generationen verschlossen.“

der WK lediglich 79 Berichte ein<sup>58</sup>. Angesichts der rund 6.000 Verbandsstufen des VdH und deren auf dem Berliner Verbandstag verabschiedeten Selbstverpflichtung war dies ein bescheidenes und enttäuschendes Ergebnis. Die WK vermutete die Ursache dafür beim VdH. Es fehle, so Böhme, „ganz offensichtlich die nötige Initiative in den Verbandsstufen und die persönliche Ansprache der Wissensträger“<sup>59</sup>. Mit „Aufrufen, Rundbriefen, Sammelinformationen und Artikeln“ sei es wohl nicht getan. Vielmehr „müsse in allen Fällen nach Möglichkeit der persönliche Kontakt zwischen den Fragenden und dem Befragten hergestellt werden, um zum Ziele zu kommen“<sup>60</sup>.

Der mangelnden Initiative in den Verbandsstufen versuchte Böhme nun unter anderem dadurch abzuwehren, dass er sich mit der Bitte um eine Mitarbeit an der Dokumentation direkt an die Landesverbände wandte<sup>61</sup>. Mit zwei Argumenten versuchte er, das Interesse der Mitglieder zu wecken. Zum einen war er bemüht zu vermitteln, dass es die persönliche Geschichte der Adressaten sei, die die WK schreibe; den ehemaligen Kriegsgefangenen werde damit Gelegenheit gegeben, „ihre Leiden und Leistungen für kommende Generationen festzuhalten“<sup>62</sup>. Zum anderen wies er auf die potentielle außenpolitische Bedeutung der Dokumentation hin, indem er das zu diesem Zeitpunkt noch im Raum stehende Argument der Notwendigkeit eines Farbbuches bemühte:

„Wir brauchen nicht zu erläutern, welche Bedeutung die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen haben wird, wenn es eines Tages tatsächlich zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag kommen sollte. Die Bundesregierung muss dann in der Lage sein, den Wert der von den Kriegsgefangenen geleisteten Arbeiten nachzuweisen. Wir meinen, dass sich hier den Heimkehrern eine schöne und dankbare Aufgabe stellt, die sie nicht übersehen sollten.“<sup>63</sup>

Aber auch dieser und weitere Versuche<sup>64</sup>, eine größere Anzahl von VdH-Mitgliedern für die wissenschaftliche Arbeit der WK zu interessieren und sie zur Mitarbeit zu bewegen, blieben verhältnismäßig erfolglos. Dies führte schließlich dazu, dass WK und VdH verstärkt über die Ursachen der mangelnden Kooperationsbereitschaft von Seiten der Mitglieder des VdH nachzudenken begangen. Anfragen von einzelnen Verbandsstufen bei der Bundesgeschäftsstelle des VdH in Bad

<sup>58</sup> BA-MA, B 205/1757, Bericht Böhme über die Dienstreise vom 14.–16. 3. 1961 nach Bad Godesberg zum VdH, S. 1, 16. 3. 1961.

<sup>59</sup> Ebenda.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> BA-MA, B 205/1735, Böhme an verschiedene VdH-Landesverbände, 6. 11. 1961.

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> Auch der Versuch, über einen Informationsstand auf dem im Juli 1961 vom VdH veranstalteten „Heimkehrer-Deutschland-Treffen“ in München die Mitglieder des VdH zur Mitarbeit zu motivieren, schlug fehl. Der aufwändigen Vorbereitung der Aktion und dem hohen personellen Aufwand, 16 Mitarbeiter der WK waren an den beiden Tagen des Treffens am Stand tätig, standen 44 abgegebene Berichte sowie 72 Aufzeichnungen, die vor Ort vorgenommen wurden, gegenüber. Vgl. BA-MA, B 205/1757, Maschke an Kiebling, 9. 8. 1961.

Godesberg lassen erkennen, dass die Zurückhaltung der Mitglieder nicht ausschließlich auf ein Desinteresse an zeitgeschichtlicher Forschung zurückzuführen war. Ein wesentlicher Grund lag in einem unter den Mitgliedern des VdH weit verbreiteten Misstrauen gegenüber der WK. So wurden Vermutungen geäußert, dass es sich bei der WK um eine „Tarnorganisation“ handle, die die Daten in Wirklichkeit nicht für die wissenschaftliche Forschung, sondern für politische oder kommerzielle Zwecke benötige und verwende<sup>65</sup>. Auch wurden Zweifel geäußert, ob die Anonymität der Teilnehmer tatsächlich gewährleistet sei und sichergestellt werden könne, dass aus der Teilnahme keine negativen Konsequenzen folgten<sup>66</sup>.

Neben diesem unter den Mitgliedern verbreiteten Misstrauen gegenüber der WK<sup>67</sup> schien eine weitere Ursache für die nur mäßige Resonanz im methodischen Vorgehen der WK zu liegen, von dem sich die Mitglieder des VdH zum Teil überfordert fühlten. Dies zeigte beispielsweise eine Anfrage an die Geschäftsstelle des VdH, in der ein ehemaliger Kriegsgefangener über das ihn irritierende Vorgehen der WK berichtete<sup>68</sup>. Er hatte sich auf einen Aufruf der WK hin gemeldet, in dem um Auskunft über die Arbeitsnormen und deren Erfüllung in den Kriegsgefangenenlagern gebeten wurde<sup>69</sup>. Mit der daraufhin von der WK ausgesprochenen Einladung zu einem „ausführlichen Tonbandgespräch“ ging dem Zeitzeugen ein Fragebogen mit insgesamt 64 detaillierten Fragen zu, die zuvor von ihm beantwortet werden sollten<sup>70</sup>. In einer Anfrage, die der Zeitzeuge daraufhin an den VdH richtete, wird deutlich, dass er sich von der „Unmenge von Fragen, die sich bis ins Unendliche erstrecken“, nicht nur überfordert fühlte, sondern diese Vorgehensweise, wie aus einem zweiten Schreiben an den VdH deutlich wurde, grundsätzlich in Frage stellte<sup>71</sup>. Zur Überforderung kam also hinzu, dass die WK mit ihren ausgesprochen kleinteiligen Fragen die Bedürfnisse derjenigen, die sich zu einer Auskunft über ihre Zeit in der Kriegsgefangenschaft bereitfanden, vollständig verfehlte.

<sup>65</sup> BA-MA, B 205/1757, Stoepel an VdH-Kreisverband Reutlingen, 21. 1. 1960.

<sup>66</sup> Ebenda, Stoepel an VdH-Bezirksverband Lüneburg, 27. 1. 1960.

<sup>67</sup> Ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber „Erfassungen“ jeglicher Art scheint unter den Heimkehrern aus östlichem Gewahrsam ein verbreitetes Phänomen gewesen zu sein. In einem Bericht von 1954 über von der Volkshochschule München veranstaltete Wochenendgespräche mit Spätheimkehrern wurde eine die Heimkehrer kennzeichnende misstrauische Haltung beschrieben, die sie zeitweise sogar am freien Sprechen gehindert habe. Dies wurde auf die Kriegsgefangenschaft, insbesondere auf Erfahrungen von Bespitzelung und Verrat zurückgeführt. Vgl. Bernhard Zittel, Gespräche mit Spätheimkehrern, in: Stimmen der Zeit. Monatschrift für das Geistesleben der Gegenwart 79 (1954), H. 11, S. 360–372.

<sup>68</sup> BA-MA, B 205/1758, St. an Hauptgeschäftsstelle des VdH, 3. 11. 1962.

<sup>69</sup> Aufruf in: Der Heimkehrer 13 (1962), Nr. 18, S. 10.

<sup>70</sup> Einen Eindruck davon vermittelt folgendes Zitat, das einem Beitrag von Böhme in: Der Heimkehrer 12 (1961), Nr. 13/14, S. 5, entnommen ist und sich auf die von den Kriegsgefangenen erbrachten Arbeitsleistungen bezieht: „Bei Ausschachtungsarbeiten z. B. muß gesagt werden, wie viel Kubikmeter Erdrich in welcher Zeit, auf welche Weise, wie weit und womit (z. B. Schubkarren) zu bewegen waren.“

<sup>71</sup> BA-MA, B 205/1758, St. an Hauptgeschäftsstelle des VdH, 25. 11. 1962.

Aus Sicht des VdH war die Reserviertheit der ehemaligen Kriegsgefangenen gegenüber der WK noch auf weitere Ursachen zurückzuführen. Fritz Stoepel, Leiter der Rechtsabteilung des VdH, sah Gründe zum einen in der Gleichgültigkeit weiter Teile der Gesellschaft gegenüber politischen Fragen. In einem Erklärungsmuster, das der Logik der vom VdH vertretenen, insgesamt kulturpessimistischen Weltbilder folgte, vertrat er die Ansicht, dass sich in der geringen Resonanz auf die verschiedenen Initiativen der WK und der Bundesgeschäftsstelle des VdH „die Satttheit oder Übersättigung unserer heutigen Zeit auch hier deutlich bemerkbar“ mache<sup>72</sup>.

Zum anderen deutete der VdH die Zurückhaltung seiner Mitglieder im Zusammenhang mit der Dokumentation auch als Folge einer „Müdigkeit“ und „Unlust“, „in der Vergangenheit zu wühlen“<sup>73</sup> sowie als Folge traumatischer Erlebnisse, mit denen es sensibel umzugehen gelte:

„Es bereitet Unbehagen, eine vergangene Zeit, die man komplex im Inneren besitzt, in Details betrachten zu sollen. [...] Wissenschaft und Totalität des Erlebnisses vertragen sich offenbar nicht immer. Solange Menschen aber aus der Totalität ihres Erlebnisses kraftvoll und verantwortungsbewußt leben wollen und deshalb diese Totalität auch nicht zerstören lassen wollen, solange ist nach meiner Ansicht der wissenschaftliche Zugriff nur mit großer Behutsamkeit möglich. Er könnte auch störend bzw. zerstörend wirken.“<sup>74</sup>

Böhme, an den diese Reflexionen gerichtet waren, deutete diese Ausführungen als Kritik an der Arbeit der WK, die er nicht unkommentiert lassen wollte. Sein Antwortschreiben an den VdH verdeutlicht einige der Konfliktlinien im Zusammenhang mit der Dokumentation, die sich inzwischen nicht nur innerhalb des Verbandes zwischen Mitgliedern und Bundesgeschäftsstelle bemerkbar machten, sondern auch zwischen VdH und WK anbahnten. Böhme wollte zum einen das Argument der „Müdigkeit“ in Sachen Erinnerungsarbeit nicht gelten lassen und verwies in diesem Zusammenhang auf die Dokumentation der Vertreibung und die Härte der Erfahrungen der Vertriebenen, die diese allerdings mitnichten daran gehindert habe, über ihre Erlebnisse zu berichten:

<sup>72</sup> BA-MA, B 205/1757, Stoepel an Böhme, 3. 6. 1960. Dieser darin zum Ausdruck kommende Kulturpessimismus ist nicht nur in anderen Schriften des VdH aus den 1950er und 1960er Jahren häufig anzutreffen, sondern war in den Anfängen der Bundesrepublik insgesamt stark verbreitet. „Vermassung“, „Entfremdung“ und „konsumorientierte Massendemokratie“ sind in den VdH-Schriften häufig anzutreffende Begriffe. Konstatiert wurde in diesem Zusammenhang unter anderem eine „perfekte Zivilisation“, die auf „Hochtouren“ rase, ein „herrschende[r] Zeitdruck“, ein „gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer gewachsenes Tempo“, eine „bei uns herrschende Härte, Rücksichtslosigkeit und Nüchternheit“ und „rationalisierte Methoden des modernen Existenzkampfes“: „Aus der Gemeinschaft ist ein Schlachtfeld der Konkurrenten geworden.“ In: Der Heimkehrer 7 (1956), Nr. 4, S. 1. Vgl. auch Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 306–437.

<sup>73</sup> BA-MA, B 205/1756, Schwarz an Böhme, 12. 4. 1962.

<sup>74</sup> Ebenda.

„Und was für Erlebnisse! [...] Zum Teil haben diese Menschen Grausameres erlebt als die Kriegsgefangenen – und sie haben darüber doch ausführlich berichtet. Die seelische Belastung war bei ihnen ebenso groß wie bei den Heimkehrern.“<sup>75</sup>

Auch andere, dem Schreiben zu entnehmende Hinweise deuten darauf hin, dass Böhme das Argument, wonach die Kooperationsverweigerung auf einen Selbstschutzmechanismus als Folge traumatischer Erfahrungen zurückzuführen sei, nicht gelten lassen wollte. Er sah in der Dokumentation eine „staatspolitische Notwendigkeit“, von der man die ehemaligen Kriegsgefangenen überzeugen müsse. Habe ein Heimkehrer „erst einmal die Bedeutung der Kriegsgefangenen-geschichte als Teil der Zeitgeschichte erkannt“, mache er „in der Mehrzahl der Fälle doch den Mund auf“. Notwendig sei, „dass man einer anfänglichen Zurückhaltung dieser Menschen mit der nötigen Hartnäckigkeit zu Leibe rückt“<sup>76</sup>.

Diese nicht gerade von Sensibilität gegenüber den Zeitzeugen und ihren Erfahrungen zeugenden Äußerungen Böhmes lassen deutlich werden, dass WK und VdH jeweils unterschiedliche Auffassungen von Zeitzeugenschaft und dem Wert von Erinnerungsberichten vertraten. Die WK betrachtete die ehemaligen Kriegsgefangenen als „Wissensträger“, deren Aussagen vor allem als Ergänzung zu schriftlichen Quellen und als deren mögliches Korrektiv betrachtet wurden. In diesem Sinne hatte Maschke in seinen Ausführungen vor den Delegierten auf dem Berliner Verbandstag des VdH unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Berichte der Zeitzeugen im Anschluss an die Auswertung der primären Quellen „in einem weiteren Arbeitsgang“ dann herangezogen würden, wenn „das vorhandene Material nicht ausreicht, um bestimmte Erscheinungen oder Tatbestände klären zu können“:

„In der gezielten Befragung werden an eine größere Zahl ehemaliger Kriegsgefangener Fragebogen mit bestimmten Fragen gesandt, um deren Antwort gebeten wird. Diese Antworten sollen das sonstige Material ergänzen, wo es unzulängliche Antworten ergibt.“<sup>77</sup>

Dem VdH kam aus der Sicht der WK im Zusammenhang mit der Dokumentation nun vor allem die Aufgabe zu, „Wissensträger“ in den eigenen Reihen anzusprechen und für eine Mitarbeit an der Dokumentation zu gewinnen. Die Art der Mitarbeit der Mitglieder des VdH, so Maschke, „ergibt sich vor allem aus den Lücken unseres Materials“<sup>78</sup>.

<sup>75</sup> BA-MA, B 205/1756, Böhme an Schwarz, 16. 4. 1962.

<sup>76</sup> Ebenda.

<sup>77</sup> Maschke, Sinn und Aufgabe, S. 11.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 13. Diese Haltung lässt sich auch an der bereits erwähnten Detailgenauigkeit der von der WK erarbeiteten Fragebögen und Merkblätter erkennen. Gefragt waren nicht Erzählungen über die Zeit der Kriegsgefangenschaft, sondern detaillierte Aussagen zu sämtlichen Aspekten der Kriegsgefangenschaft. Vgl. die Fragebögen und Merkblätter, in: BA-MA, B 205/1776.



Für den VdH hingegen waren die Erinnerungen der Zeitzeugen an die Kriegsgefangenschaft nicht nur Mittel zum Zweck, sondern ein Wert an sich. Daher konnten und sollten die Berichte und Schilderungen ehemaliger Kriegsgefangener wie auch die aus der Zeit des Lagers stammenden Objekte, Zeichnungen und Gedichte für sich sprechen. Insofern konnte nach Auffassung des Verbandes auf eine Kommentierung oder Erläuterung des Kontextes verzichtet werden.

Im Rahmen der Dokumentation lehnte Maschke eine solche Form der Präsentation strikt ab. Die „Wiedergabe von Quellenzeugnissen im Auszug oder im vollständigen Text [...] so, daß die Zeugnisse selbst und alleine sprechen“, komme für die WK „nicht in Frage“:

„Die Aneinanderreihung von Aussagen in einer systematischen Gliederung würde kein klares Bild geben, da die Verhältnisse nicht nur in den verschiedenen Gewahrsamsmächten, sondern auch in jeder derselben, besonders den großen, von Lager zu Lager zu verschieden waren, als daß die Dokumentation von Aussagen der Kriegsgefangenen dem Leser eine vollständige Vorstellung von ihrem Schicksal vermitteln könnte.“<sup>79</sup>

Der VdH wiederum sah seine Rolle nicht darauf beschränkt, Zuarbeiten zu liefern, sondern wollte an der Dokumentation in einer darüber hinausgehenden Weise beteiligt werden. Dieses Engagement entsprach einer der in der Satzung formulierten Verbandsaufgaben, nach der die „durch Krieg, Gefangenschaft und Heimkehr gewonnenen menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse“ geformt, erhalten und nutzbar gemacht werden sollten. Dieser selbstgestellten Aufgabe hatte sich der Verband bereits vor der Gründung der WK zugewandt. In der Wanderausstellung „Wir mahnen. Erlebnis als Aufgabe“, die zwischen 1951 und Mitte der 1960er Jahre, zunächst bis 1953 unter dem Motto „Kriegsgefangene reden“, in über einhundert Städten der Bundesrepublik, vereinzelt auch im Ausland, gezeigt und von insgesamt rund 1.700.000 Personen besucht wurde<sup>80</sup>, in den 1.791 in der Bundesrepublik errichteten Mahnmalen<sup>81</sup>, sowie in zahlreichen Veröffentlichungen<sup>82</sup> präsentierte der VdH seine spezifische Sicht auf die deutsche Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs. Sie war von einem dezidierten Opferbewusstsein geprägt, legte aber gleichzeitig einen deutlichen Schwerpunkt auf die positive Bedeutung der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft, in deren Zusammenhang den Heimkehrern besondere, aus der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft resultierende Kompetenzen zugeschrieben wurden<sup>83</sup>. Entscheidend war, dass der VdH keine Differenz

<sup>79</sup> Maschke, Sinn und Aufgabe, S. 12.

<sup>80</sup> Vgl. auch Anm. 4. Die Zahlen beruhen auf den diesbezüglichen Angaben des Verbandes in den Rechenschaftsberichten. Darin sind auch die Stationen der Ausstellung dokumentiert.

<sup>81</sup> Vgl. VdH-Rechenschaftsbericht 1996–1998, Bad Godesberg, S. 6.

<sup>82</sup> Vgl. unter anderem die vom VdH 1954 herausgegebene Lyrik-Sammlung „Harfen im Stacheldraht“, den Erzählungen enthaltenden Band „Menschen im Feuer“ von 1955 und die Sammlung von Gedichten und Berichten über die Kriegsgefangenschaft „Du bist es ... auserwählt“ von 1956.

<sup>83</sup> Vgl. dazu ausführlich Schwelling, Politische Erinnerung, S. 116–189.

zwischen den von ihm gewählten Formen der Überlieferung und den Bemühungen der WK um eine wissenschaftliche Dokumentation und Analyse der deutschen Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs erkennen wollte oder konnte. Er verstand die wissenschaftliche Bearbeitung der Problematik als Fortführung seiner in der Kriegsgefangenenausstellung oder in den zahlreichen Veröffentlichungen deutlich gewordenen Herangehensweise, der zufolge die Kriegsgefangenschaft ausgehend vom Erfahrungs- und Erinnerungsstandpunkt der ehemaligen Kriegsgefangenen gedeutet und präsentiert werden sollte. Dies wurde auch in der anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Verbandes publizierten Festschrift deutlich:

„Wenn wir also bewahren, was wir erlebt haben, dann heißt das Fruchtbarmachen einer Erfahrung. // Nichts anderes soll also bezweckt werden, wenn die ‚Wissenschaftliche Kommission zur Dokumentation des Schicksals der Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges‘ in München das reale Geschehen in seinen Berichten sammelt und untersucht. // Nichts anderes bedeutet es, wenn wir in unseren Veröffentlichungen davon sprechen, wie sich die Gefangenen auf ihre eigenen Kräfte besannen und angingen, eine nahezu universale Bildungsarbeit aufzubauen, so daß manche davon redeten, die Gefangenschaft sei eine ‚Univ­ersität des Lebens‘ gewesen.“<sup>84</sup>

Die unterschiedlichen Auffassungen über den Stellenwert der Aussagen der Zeitzeugen, über die angemessene Form der Aufzeichnung, Sicherung und Überlieferung dieser Erinnerungen sowie über den Rang historischer Quellen waren also seit dem Beginn der Kooperation der beiden Institutionen vorhanden. Zu einem offenen Konflikt führten diese Differenzen allerdings erst, als Fragen der Form und Gestaltung der von der WK geplanten Schriftenreihe aktuell wurden. Nun begann eine Auseinandersetzung um Erinnerung, Geschichtsschreibung und die Frage, wer autorisiert sei, die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs zu schreiben, in die sich auch das BMVt einschaltete und die schließlich zum Bruch zwischen WK und VdH führte.

Der Beginn des Konflikts lässt sich auf den Mai 1962 datieren, als die WK, vertreten durch Böhme, und der VdH, namentlich Wolfgang Schwarz (Mitarbeiter im Referat für deutsche Kriegsgefangenengeschichte und Internationale Partnerschaften) und Kießling, zu einem Treffen zusammenfanden, bei dem die Anwesenden über weitere Möglichkeiten diskutierten, die Mitglieder des VdH doch noch für eine Mitarbeit an der Dokumentation zu gewinnen. Kießling vertrat die Auffassung, dass der beste Anreiz für eine Mitarbeit darin bestehe, den ehemaligen Kriegsgefangenen möglichst bald einen ersten Band der Dokumentation vorzulegen<sup>85</sup>. Auf diese Weise könnten die Zeitzeugen erkennen, dass ihre Berichte tatsächlich nach wissenschaftlichen Methoden ausgewertet würden. Kießling

<sup>84</sup> Freiheit ohne Furcht. Zehn Jahre Heimkehrerverband, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1960, S. 148.

<sup>85</sup> BA-MA, B 205/1758, Böhme, Notiz zur Besprechung am 9. 5. 1962 beim VdH in Bad Godesberg, 15. 5. 1962.

erklärte sich bereit, in dieser Angelegenheit einen Brief an den Bundesvertriebenenminister zu schreiben, und diesen zu bitten, für eine rasche Drucklegung zu sorgen. Im Gegenzug unterbreitete Böhme den Vorschlag, die inzwischen abgeschlossene, mit dem Arbeitstitel „Dem Herzen ein Haus“ versehene „Sammlung Geistiger Zeugnisse“ auf eine mögliche Aufnahme in die Schriftenreihe hin zu prüfen. Wie dem Protokoll zum Treffen zu entnehmen ist, ging es Böhme in erster Linie darum, „diese eigene VdH-Publikation zu vermeiden, da sie einen Teil der WK-Publikation vorwegnehmen würde“<sup>86</sup>.

Kießlings Schreiben an Bundesvertriebenenminister Wolfgang Mischnick<sup>87</sup> ist insofern zum Verständnis der Dynamik des sich entwickelnden Konflikts aufschlussreich, als er den Minister nicht nur, wie beim Treffen in Bad Godesberg verabredet, um die möglichst rasche Drucklegung bat, sondern auch, ohne dass zwischenzeitlich eine Prüfung des Manuskripts „Dem Herzen ein Haus“ durch die WK erfolgt wäre, um die Aufnahme des Bandes in die Schriftenreihe der WK. Darüber hinaus wies er den Minister auf die besondere Rolle hin, die den Mitgliedern des VdH bei der Erarbeitung der Dokumentation zukomme, indem er „die Heimkehrer des Verbandes“ als „die wichtigsten Mitarbeiter der Wissenschaftlichen Kommission“ bezeichnete<sup>88</sup>.

Die WK, der das Schreiben Kießlings an den Bundesminister in Kopie zugegangen war, reagierte darauf mit der Mitteilung an den VdH, den Band „Dem Herzen ein Haus“ nicht in die Schriftenreihe der WK aufnehmen zu wollen<sup>89</sup>. In der Begründung dieser Entscheidung war Böhme erneut darum bemüht, das Wissenschaftsverständnis der WK zu erläutern. Der „Stil der Beiträge“ des VdH-Bandes unterscheide sich „ganz entscheidend von dem Stil unserer eigenen Studien“:

„Während bei Ihren Autoren die philosophischen und gefühlsbedingten Betrachtungsweisen vorherrschen, schreiben wir ja Geschichte auf einer durchaus sachlichen und mit konkreten Tatsachen belegten Basis. Gerade das Konkrete aber tritt in den Beiträgen Ihrer Autoren sehr stark hinter die Reflexion zurück. Vieles davon ist reine Meditation und sagt nichts aus über die in der Kriegsgefangenschaft in Erscheinung getretenen Lebensformen.“<sup>90</sup>

Für Kießling aber waren, wie aus seinem erbosten Antwortschreiben<sup>91</sup> zu entnehmen ist, diese „Meditationen“ auch als „Tatsachen“ zu verstehen, insofern sie Aufschluss geben konnten über die „besondere Mentalität des Heimkehrers“ und „den besonderen Geist, der in und aus der Kriegsgefangenschaft wuchs“:

<sup>86</sup> Ebenda.

<sup>87</sup> BA-MA, B 205/1758, Kießling an Mischnick, 15. 5. 1962.

<sup>88</sup> Ebenda. In einem weiteren Schreiben an Mischnick, in: Ebenda, 8. 6. 1962, vertrat Kießling gar die Ansicht, dass „die Geschichte der Kriegsgefangenschaft nur von den überlebenden ehemaligen Kriegsgefangenen selbst geschrieben werden“ könne.

<sup>89</sup> BA-MA, B 205/1758, Böhme an Kießling, 21. 5. 1962.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> BA-MA, B 205/1758, Kießling an Böhme, 8. 6. 1962.

„Dieser Geist ist also eine genauso konkrete Tatsache wie beispielsweise das Versagen eines Offiziers in einem Gefangenenlager Sowjetrußlands oder die Verhaltensweise eines sowjetischen Offiziers den deutschen Gefangenen gegenüber. Die Konkreta, die zusammen eine Kriegsgefangenengeschichte ausmachen, sind Konkreta aus vielen Schichten.“<sup>92</sup>

Und er stellte im Weiteren klar, dass es seinem Verständnis nach einer „umfassenden Konzeption“ bedürfe, um eine Kriegsgefangenengeschichte „als Ganzes“ schreiben zu können.

Kießling nahm nicht nur Anstoß an der von der WK vertretenen Differenzierung zwischen objektiver Geschichtsschreibung auf der einen und subjektiver Reflexion auf der anderen Seite, sondern rieb sich auch an der Frage, wer autorisiert sei, die Form der Veröffentlichungen festzulegen. Er äußerte in diesem Zusammenhang die Vermutung, die WK habe die Absicht, „die legitime Form für ein Buch der Kriegsgefangenengeschichte allein zu bestimmen“<sup>93</sup>. Der VdH gebe sich jedoch nicht mit der „Herbeischaffung von Material“ zufrieden, sondern wolle „mitarbeiten“, was nach Kießlings Ansicht „auch das Recht der Kontrolle“ beinhalte, „wenn wir schon unser eigenes Erlebnis der Wissenschaftlichen Kommission [...] zur Verfügung stellen“<sup>94</sup>.

Der Konflikt hatte zu diesem Zeitpunkt eine Dimension erreicht, die eine Intervention von Seiten Maschkes notwendig erscheinen ließ. Maschke reagierte mit einem neunseitigen Schreiben an Kießling<sup>95</sup>, in welchem er darum bemüht war, die Wogen zu glätten. Auf die von Kießling vorgebrachten Kritikpunkte eingehend, versuchte er erneut, den wissenschaftlichen und methodischen Standpunkt der WK deutlich zu machen und die Frage der Zuständigkeit in Sachen Dokumentation zu klären. Maschke wehrte sich zuallererst gegen die Infragestellung der „wissenschaftlichen Integrität“ der Arbeit der Kommission und machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass Wissenschaft „frei“ zu sein habe, also „keinen vorgefassten Meinungen, keinem politischen Auftrag und keinem Verbandsinteresse unterworfen“ werden dürfe und „jeder möglichen Legendenbildung“ entgegenzuwirken habe<sup>96</sup>. Das Bild vom Historiker, das er im Folgenden entwarf, entspricht dem des neutralen, vorurteilsfreien Beobachters, der gerade aufgrund seiner Nicht-Betroffenheit im Stande sei, objektive Geschichte zu schreiben. Die Vorstellung einer von Zeitzeugen besorgten Geschichtsschreibung, die womöglich aufgrund ihrer Erfahrungen gar über eine privilegierte Erkenntnisvoraussetzung verfügten, lehnte er hingegen strikt ab, indem er die Nähe zum

<sup>92</sup> Ebenda.

<sup>93</sup> Ebenda.

<sup>94</sup> Ebenda. Der VdH war nicht der einzige Interessenverband, der versuchte, auf die historiographischen Projekte der frühen Bundesrepublik Einfluss zu nehmen. Beer, Im Spannungsfeld, S. 376, hat, allerdings nur am Rande, aufgezeigt, dass dies auch bei der „Dokumentation der Vertreibung“ der Fall war, auf die die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände Einfluss zu gewinnen versuchten. Vgl. auch ders., Die Dokumentation, S. 114.

<sup>95</sup> BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 22. 6. 1962.

<sup>96</sup> Ebenda.

Gegenstand als kaum zu überwindendes Hindernis seriöser historischer Forschung darstellte:

„Es ist ungewöhnlich, ja, unmöglich, dass die Betroffenen ein objektives Bild erarbeiten sollen. Ihre Berichte sind subjektiv und können nur subjektiv sein. Die Wahrheit zu finden, ist Aufgabe derer, die aus der Vielzahl subjektiver Berichte ein objektives Mosaik zusammensetzen.“<sup>97</sup>

Und er ließ es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass „Mommsen bekanntlich eine Geschichte der Römer geschrieben“ habe, „ohne selbst ein alter Römer gewesen zu sein“.

In einem gewissen Spannungsverhältnis zu dieser Auffassung vom Prozess der Erkenntnisgewinnung, nach der Betroffenheit Objektivität verhindere, stand allerdings das Bekenntnis, zu dem sich Maschke im Folgenden offensichtlich genötigt sah; nämlich selbst erst im Jahr 1953 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt zu sein, was „wohl eine gewisse Garantie für die richtige Auswertung unserer Quellen“ gewähre.

Das von Kießling geforderte „Recht auf Kontrolle“ konterte Maschke mit dem Vorwurf der „Zensur“, was „peinlich an die trostlose Stellung der Wissenschaft in totalitären Systemen“ erinnere. Einer Zensur aber könne und wolle sich die WK unmöglich unterwerfen, ganz unabhängig davon, wie wertvoll die Zusammenarbeit zwischen WK, dem VdH und anderen Organisationen zu gewichten sei. Maschke fand zwar deutliche Worte hinsichtlich des enttäuschenden Ergebnisses der bisherigen Kooperation zwischen WK und VdH, wollte aber die Tür auf keinen Fall endgültig zuschlagen, sondern plädierte am Ende seines Schreibens dafür, in „persönlichen Gesprächen eine neue und dauerhafte Basis der Zusammenarbeit“ zu finden<sup>98</sup>.

Treffen mit der erklärten Absicht, den Konflikt beizulegen, fanden bald darauf statt. Zum einen trafen sich Mitarbeiter der WK und des VdH Anfang Juli 1962 zu einem Gespräch, das zumindest in der Wahrnehmung Maschkes zu einem positiven Ergebnis führte<sup>99</sup>. Auch das BMVt schaltete sich nun vermittelnd in den Konflikt ein. Das Ministerium war schon aufgrund der Forderungen Kießlings an Mischnick gezwungen, Stellung zu beziehen. Die Strategie, die das Ministerium dabei verfolgte, war zunächst auf eine Deeskalation der Situation und eine Vermittlung zwischen den beiden Konfliktparteien ausgerichtet. So hatte das BMVt den Streit um die Aufnahme des Bandes „Dem Herzen ein Haus“ in die Schriftenreihe der WK dadurch zu lösen versucht, dass es eine Aufnahme als „Beiheft“ vorschlug. Während die WK diesen Gedanken, auf den sie nach eigener Aussage „selbst nicht gekommen war“, „für sachlich sehr glücklich“ hielt<sup>100</sup>, sah der VdH darin offensichtlich keinen gangbaren Weg. Im Gegenteil: Gegenüber

<sup>97</sup> Ebenda.

<sup>98</sup> Ebenda.

<sup>99</sup> BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 13. 7. 1962.

<sup>100</sup> Ebenda, Maschke an Kießling, 22. 6. 1962.

dem Ministerium brachte Kießling nun die Bitte vor, die Sammlung gar als ersten Band der Schriftenreihe der WK zu publizieren<sup>101</sup>.

Staatssekretär Hans Georg Schlicker (BMVt) versuchte daraufhin, Kießling in einem persönlichen Gespräch von der Unabhängigkeit der WK zu überzeugen<sup>102</sup>. Dieser lenkte zunächst ein, so dass der Konflikt im Sommer 1962 beigelegt schien – zumindest waren die WK und das Ministerium dieser Meinung<sup>103</sup>. Wie sich allerdings im September 1962 zeigen sollte, war Kießling ganz anderer Auffassung. In seinem auf dem 7. Verbandstag des VdH in Stuttgart mündlich vorgetragenen Rechenschaftsbericht erneuerte Kießling seine Kritik an der Arbeit der WK, indem er die bereits bekannten Argumente wiederholte<sup>104</sup>.

Kießling bekräftigte auch erneut den Anspruch, auf die Konzeption der Dokumentation Einfluss nehmen zu wollen, und sprach sogar von einer Einigung, die in dieser Frage mit Maschke erzielt worden sei:

„So haben wir mit dem Leiter der Wissenschaftlichen Kommission, Herrn Universitätsprofessor Dr. Maschke aus Heidelberg, Übereinkommen erzielt, daß sich die WK auch und vor allem in grundsätzlichen Fragen der Konzeption der Geschichtsschreibung des Rates der Experten des VdH bedienen wird.“<sup>105</sup>

Schließlich gab Kießling das Erscheinen des Bandes „Dem Herzen ein Haus“ unter dem Titel „Zeugnisse einer Gefangenschaft“ bekannt, stellte die Publikation der Arbeit der WK gegenüber und verband damit die Drohung, die weitere Kooperation vom baldigen Erscheinen sowie der Form der Dokumentation abhängig zu machen<sup>106</sup>.

<sup>101</sup> BA-MA, B 205/1758, Kießling an Mischnick, 8. 6. 1962.

<sup>102</sup> BA-MA, B 205/1758, Mischnick an Maschke, 29. 7. 1962.

<sup>103</sup> BA-MA, B 205/1758, Mischnick an Kießling, 29. 7. 1962; ebenda, Maschke an Mischnick, 7. 8. 1962.

<sup>104</sup> „Wir haben die Dokumentation und die geschichtliche Wertung der Kriegsgefangenschaft als Teil des kulturellen Auftrages des Verbandes gefordert und die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte in München mit den uns möglichen Kräften unterstützt. Wir haben aber auch angemeldet, daß wir als Wissensträger und Organisation nicht nur die Handlanger für die Bausteine sein wollen, die schließlich den Bau der Kriegsgefangenengeschichte ergeben, sondern daß wir wissen möchten, wie das Haus gerichtet wird. Wir wollen den Wissenschaftlern, die mit dieser Arbeit beauftragt sind, in keiner Weise Vormund sein. Aber wir sind gebrannte Kinder.“ Eine Kopie des Vortrags findet sich in: BA-MA, B 205/1758. Vgl. auch *Der Heimkehrer* 13 (1962), Nr. 18, S. 2.

<sup>105</sup> BA-MA, B 205/1758.

<sup>106</sup> „Wir sind glücklich, daß wir damit einen ersten konstruktiven Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte leisten konnten und mit diesem Band hoffentlich für die WK und das federführende Bundesministerium für Vertriebene den Ansporn gegeben haben, nun recht bald mit den ersten Bänden der offiziellen Geschichtsschreibung der deutschen Kriegsgefangenen zu folgen. Von ihrem Erscheinen und von ihrer Form wird es entscheidend abhängen, in welcher Weise und in welchem Umfang die Heimkehrer auch künftig ihre Mitarbeit aufrechterhalten.“ In: Ebenda. Diese Erwähnung fiel trotz der Bitte Maschkes, auf die eingetretene Verzögerung der Veröffentlichung der ersten WK-Bände öffentlich nicht hinzuweisen. Vgl. VdH-Archiv, Ordner „Dokumentation“, Maschke an Kießling, 17. 9. 1962.

Für diejenigen Delegierten, die über die Einzelheiten des Konflikts nicht informiert waren, musste der Eindruck entstehen, dass es der VdH war, der die Standards der Geschichtsschreibung der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs setzte<sup>107</sup>. Und nur wer diesen Standards folgte bzw. gerecht wurde, konnte auf die Mitarbeit der ehemaligen Kriegsgefangenen zählen.

Man kann dem Leiter und den Mitarbeitern der WK sicherlich nicht zum Vorwurf machen, in der Frage des Konflikts mit dem VdH keine Geduld bewiesen und nicht umsichtig reagiert zu haben. Obwohl die WK die Äußerungen des VdH sehr genau verfolgte und zur Kenntnis nahm, blieb eine Reaktion auf die harschen Äußerungen Kießlings zunächst aus<sup>108</sup>. Diese erfolgte allerdings nur wenig später bei einem Treffen, das der VdH für den 24. Oktober 1962 einberufen hatte und an dem, neben zahlreichen Vertretern des VdH, Maschke und Böhme für die WK sowie Schlicker für das BMVt und Legationsrat Hans Gawlik für die Zentrale Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes teilnahmen<sup>109</sup>. Erneut wurde über die Unabhängigkeit der WK und die Zusammenarbeit zwischen WK und VdH diskutiert, wobei die Parteien ihre bereits bekannten Positionen wiederholten und bekräftigten. Böhme ließ Kießling außerdem wissen, dass sich die WK durch seine Stuttgarter Rede „düpiert“ fühle, so dass, nach einer darauf folgenden „heftigen Auseinandersetzung“, die Tagung „mit einer gewissen Spannung endete“<sup>110</sup>.

Wie der auf das Treffen folgende Schriftwechsel deutlich werden lässt, war damit der endgültige Bruch zwischen WK und VdH besiegelt. Während Maschke Kießling zunächst mitteilte, dass der Verlauf der Sitzung zwar „nicht einfach“ gewesen sei, am Ende aber „die grundsätzliche Klärung über die Formen unserer Zusammenarbeit voll gelungen war“<sup>111</sup>, vertrat Kießling in seinem Antwortschreiben eine diametral entgegengesetzte Auffassung, verzichtete nunmehr auf jegliche Höflichkeitsformel und ging zum offenen Angriff über. Er warf Maschke vor, sich nicht ausreichend für die Belange der WK einzusetzen und insgesamt mit der Position überfordert zu sein. Außerdem verwies er darauf, dass sich die Mitglieder des VdH durch die Mitarbeiter der WK herabgewürdigt fühlten und sich inzwischen eine „tiefe Verstimmung“ breitgemacht habe, in deren Zusammenhang für den Abbruch der Kooperation plädiert werde<sup>112</sup>.

Von einer konstruktiven Zusammenarbeit in Sachen Dokumentation konnte zu diesem Zeitpunkt längst keine Rede mehr sein. Auf Kießlings persönliche

<sup>107</sup> In diese Richtung deutet auch die hauseigene Besprechung des Bandes „Zeugnisse einer Gefangenschaft“, in der die Ansicht vertreten wurde, dass mit dem Band eine „Lücke“ in der Kriegsgefangenen-Forschung geschlossen werde. Der Heimkehrer 13 (1962), Nr. 20, S. 4.

<sup>108</sup> Eine von Böhme mit zahlreichen Unterstreichungen und Randbemerkungen versehene Kopie der Rede Kießlings auf dem 7. Verbandstag lässt deutlich werden, dass die Rede von Seiten der WK als Affront empfunden wurde, in: BA-MA, B 205/1758.

<sup>109</sup> BA-MA, B 205/1758, Böhme, Vermerk einer Besprechung der WK und des VdH am 24. 10. 1962 in Bad Godesberg über Grundsatzfragen bzgl. der Zusammenarbeit beider Institutionen, 29. 10. 1962.

<sup>110</sup> Ebenda.

<sup>111</sup> BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 9. 11. 1962.

<sup>112</sup> BA-MA, B 205/1758, Kießling an Maschke, 28. 11. 1962.

Angriffe hin wurden eine Reihe weiterer Briefe ausgetauscht, deren wesentlicher Inhalt aus gegenseitigen Anschuldigungen, Verleumdungen und der Suche nach den Schuldigen für das Scheitern der Kooperation zwischen WK und VdH auf der jeweils anderen Seite bestand, wobei die WK im Gegensatz zu Kießling nach wie vor um einen sachlichen Ton bemüht war. Insbesondere Böhme gelang dies allerdings nicht immer<sup>113</sup>. Am 10. September 1963 schließlich gab der VdH, nachdem es zu einem weiteren Zwischenfall gekommen war<sup>114</sup>, im Verbandsorgan *Der Heimkehrer* die Einstellung der Mitarbeit an der Dokumentation bekannt<sup>115</sup>. Auch die WK hatte nach den heftigen Attacken von Kießling wenig Interesse an der Fortsetzung der Kooperation erkennen lassen. Die entsprechenden Anmerkungen im Jahresbericht 1962 können durchaus als abschließende Bilanz der Zusammenarbeit gelesen werden, die darin als „wenig erfolgreich“ bezeichnet wird. Lediglich rund sechs Prozent der durch den VdH zugesagten Erlebnisberichte seien bis Ende 1962 bei der WK eingegangen. Allerdings könne die WK „ihre Aufgabe sehr gut ohne den VdH erfüllen“. Aus diesen Gründen und „auch aus Gründen der Zeit- und Arbeitersparnis“ werde die WK „keine wesentlichen Anstrengungen mehr unternehmen, um zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem VdH zu kommen“<sup>116</sup>.

Damit war die Kooperation zwischen WK und VdH endgültig gescheitert. In ihren Bemühungen um die Sicherung von Geschichte und Erinnerung der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs gingen die beiden Organisationen fortan getrennte Wege. Der Einfluss des VdH auf die Geschichtsschreibung der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs blieb daher äußerst begrenzt<sup>117</sup>. Im Jahr 1962 erschien der von Kießling auf dem Stuttgarter Ver-

<sup>113</sup> BA-MA, B 205/1758, Böhme, Stellungnahme zu dem Brief des Herrn Kießling vom 28. 11. 1962 an Herrn Professor Maschke, 6. 12. 1962. Darin nannte Böhme Kießlings Vorstellungen „naiv“ und „laienhaft“. Böhme war allerdings von den Anschuldigungen Kießlings insofern besonders betroffen, als er erstes Ziel seiner verbalen Attacken war. Diese gipfelten in der von mehreren Personen bezugten, von Kießling später allerdings abgestrittenen Anschuldigung, Böhme würde sich als Agent der Sowjetunion betätigen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Konflikt insbesondere zwischen Kießling und Böhme derart zugespitzt, dass sich das BMVt zum wiederholten Mal zum Einschreiten genötigt sah. Vgl. BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 7. 12. 1962, Maschke an Schlicker, 10. 12. 1962, Kießling an Maschke, 11. 12. 1962, Böhme, Vermerk, 14. 12. 1962, Schlicker an Maschke, 27. 12. 1962, und Kießling an Maschke, 19. 2. 1963.

<sup>114</sup> Der VdH hatte kein Belegexemplar des inzwischen erschienenen ersten Bandes der Dokumentation erhalten. Die WK lastet dieses Versäumnis allerdings dem BMVt an, das für den Druck sowie die Verteilung des Bandes verantwortlich zeichnete. Vgl. BA-MA, B 205/1728, Meese an Fischer, 6. 1. 1964.

<sup>115</sup> Vgl. Wer schreibt die Kriegsgefangenengeschichte?, in: *Der Heimkehrer* 14 (1963), Nr. 17, S. 2.

<sup>116</sup> BA-MA, B 205/1742, Jahresbericht 1962 der WK.

<sup>117</sup> Diese Feststellung klingt selbstverständlicher als sie war, denn die Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs war bis weit in die 1960er Jahre hinein deutlich von den Berichten und Memoiren ehemaliger Generale der Wehrmacht sowie den Arbeiten der aus ehemaligen hochrangigen Mitgliedern der Wehrmacht zusammengesetzten Historical Division geprägt. Vgl. dazu Bernd Wegner, *Erschriebene Siege*. Franz Halder, die „Historical Division“ und die Rekon-



bandtag angekündigte Sammelband „Zeugnisse einer Gefangenschaft“<sup>118</sup>. Die WK veröffentlichte kurz darauf den ersten, die Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien behandelnden Band der Schriftenreihe. Im Vergleich dieser Veröffentlichungen wird abermals deutlich, dass der VdH und die WK mit ihren Bemühungen völlig entgegengesetzte Interessen verfolgten. Weit davon entfernt, den Versuch zu unternehmen, das Spannungsverhältnis zwischen Erinnerungen und wissenschaftlichem Anspruch in einen produktiven Ansatz im Sinne etwa einer Oral History *avant la lettre* zu übersetzen, beharrte die WK auf nichts weniger als der „geschichtlichen Wahrheit“<sup>119</sup>, zu der sie unter strengster Einhaltung wissenschaftlicher Standards auf „objektivem“ Wege gelangen wollte. Das Ergebnis war ein „sachliches, sprödes, kühles“ Werk, „nie pathetisch“ und „immer präzise“<sup>120</sup>.

„Zeugnisse einer Gefangenschaft“ hingegen wurde vom VdH, wie der Untertitel besagt, zwar als „Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenenngeschichte“ verstanden, sollte jedoch „kein Erinnerungsband an die Gefangenschaft“ sein und daher auch „keine Schilderungen der Zustände und des Elends der Verzweiflung und der Gewalt geben“. Vielmehr sollte das Buch, „der Öffentlichkeit [...] zeigen, welche inneren Kräfte es sind, die den Menschen, der jeglicher äußerer Form beraubt ist, für den die Zivilisation nicht mehr existiert, dazu befähigen im Angesicht des absoluten Nichts zu überstehen“<sup>121</sup>. Das gemeinsame Motiv der im Band versammelten Gedichte, Theaterstücke, Erzählungen und Essays bestand dementsprechend darin, vom „Überleben“ in den Kriegsgefangenenlagern zu berichten und insbesondere auf die zentrale Rolle, die der Literatur, der Musik und den anderen Künsten dabei zugekommen war, einzugehen. Insofern lässt sich die Sammlung weniger als ein Beitrag zur Kriegsgefangenenngeschichte begreifen, als vielmehr eine Darstellung des Selbstverständnisses des VdH, der in seinen zahlreichen Verlautbarungen und in den unterschiedlichsten Formen explizit und implizit immer wieder darauf verwies, dass die ehemaligen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs gerade aufgrund ihrer Erfahrungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft Wichtiges mitzuteilen hatten. Mehr noch: Der VdH beschwor ein „Ethos des Heimkehrers“<sup>122</sup>, das auf einem in der Gefangenschaft erworbenen „unerhörten geschichtlichen Empfinden“ beruhe und das den Verband und seine Mitglieder zur „Stimme des Gewissens“, zum „Arm der Hilfe“

---

struktion des Zweiten Weltkriegs im Geiste des deutschen Generalstabs, in: Ernst Willi Hanse/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 287–302.

<sup>118</sup> Vgl. Zeugnisse einer Gefangenschaft. Ein Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenenngeschichte, hrsg. vom VdH, ausgewählt von Wolfdietrich Kopelke, Bad Godesberg 1962.

<sup>119</sup> Maschke, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/1, S. XIII.

<sup>120</sup> Vgl. die zutreffende Beschreibung in einer Besprechung der gesamten Schriftenreihe, in: Georg Meyer, Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, in: Das historisch-politische Buch XXIV (1976), S. 289–290, Zitat S. 289.

<sup>121</sup> So der Lektor des Bandes, Wolfdietrich Kopelke, in: VdH-Archiv, Ordner „VdH Lektorat Sammlung geistiger Zeugnisse“, Kopelke an VdH vom 17. 1. 1960.

<sup>122</sup> August Fischer, Macht die Kameradschaft stark, in: Der Heimkehrer 4 (1953), Nr. 10, S. 3.

und zum „Lotsen der im materiellen und immateriellen Fragenden“ mache<sup>123</sup>. „Gewissen“, „Arm“ und „Lotse“ sind Begriffe, die auf die Funktionen und Aufgaben von Deutungseliten verweisen. Und genau in diesem Sinn wollte der VdH seine Position im Gefüge von Gesellschaft und Politik verstanden wissen:

„[Der VdH ist] eine neue Gemeinschaft [...], die, aus den Keimzellen des Leidens in der Gefangenschaft geboren, nun immer mehr beispielgebend vor die Öffentlichkeit des ganzen Volkes tritt.“<sup>124</sup>

### 3. Zum Spannungsverhältnis zwischen Zeitgeschichte und Politik: Die Wissenschaftliche Kommission und die Bundesregierung

Versuche der Einflussnahme auf ihre Forschungen hatte die WK nicht nur aus der Richtung des VdH abzuwehren, sondern sie erfolgten auch von Seiten der Politik. Eine Verbindung der WK zur Bundesregierung bestand insofern, als das Vertriebenenministerium die WK eingesetzt und die Dokumentation in Auftrag gegeben hatte. Zudem wurde das Forschungsvorhaben vom BMVt finanziert. Einen direkten Einfluss leitete das Ministerium daraus nicht ab, jedenfalls nicht, was „Entscheidungen über die Methodik des Werkes und die Auswahl der Mitarbeiter“<sup>125</sup> betraf.

Das Mitspracherecht, das die Bundesregierung reklamierte, war auf einer anderen Ebene angesiedelt. Es bezog sich auf die „politischen Aspekte des Dokumentationswerkes“, in deren Zusammenhang sich die Bundesregierung vorbehielt, „die Zweckmäßigkeit der Herausgabe einzelner Bände zu überprüfen“<sup>126</sup>. Die WK sollte demnach in Fragen ihrer wissenschaftlichen Arbeit unabhängig sein. Die Entscheidung zur Drucklegung und Veröffentlichung behielt sich die Bundesregierung jedoch vor.

Aber bereits beim ersten zur Veröffentlichung anstehenden, die Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien betreffenden Manuskript sollte sich zeigen, dass wissenschaftliche und politische Fragen nicht einfach zu trennen waren. Das BMVt, das das Jugoslawien-Manuskript im Januar 1962 von der WK erhalten hatte, leitete dieses an die Zentrale Rechtsschutzstelle (ZR) im Auswärtigen Amt weiter, in deren Zuständigkeit die Untersuchung der juristischen Aspekte der Kriegsverbren-

<sup>123</sup> Ebenda. Von einem „unerhörten geschichtlichen Empfinden [...], das niemand mehr zugeflossen ist als denen, die den Krieg und die Kriegsgefangenschaft erlitten und überstanden haben“, sprach der erste Präsident des VdH, August Fischer, auch bei der Abschlusskundgebung des 1. Heimkehrer-Deutschland-Treffens 1955 in Hannover. Vgl. Die Kriegsgeneration sucht Europa: Freiheit und Vertrauen, in: Der Heimkehrer 6 (1955), Nr. 7, S. 5.

<sup>124</sup> Der Heimkehrer 8 (1957), Nr. 12, S. 9. Auch hier lassen sich interessante Parallelen zu den Vertriebenenverbänden aufzeigen, deren Selbstverständnis ähnlich dem des VdH um das Modell einer selbsternannten nationalen Avantgarde kreiste. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004.

<sup>125</sup> BA-MA, B 205/1758, Mischnick an Kießling, 29. 6. 1962.

<sup>126</sup> Ebenda, Mischnick an Maschke, 29. 6. 1962.

cherprozesse fiel und die eigens zu diesem Zweck eingerichtet worden war<sup>127</sup>. Von dieser Seite wurden nun erhebliche Bedenken gegen die Veröffentlichung des Manuskripts geäußert, da sich der Autor der Jugoslawien-Studie, Böhme, nicht an die aus Sicht der ZR eindeutige Arbeitsteilung zwischen WK und ZR gehalten, sondern den Themenkomplex Kriegsverbrecherprozesse in seine Studie integriert hatte. Die ZR verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass dieser Themenkomplex grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit der WK falle. Vielmehr habe die Untersuchung „von dem Augenblick an, wo es um Kriegsverbrecherprozesse ginge“, „automatisch“ auf die ZR überzugehen<sup>128</sup>.

Mit der dabei vorgenommenen Unterscheidung zwischen „historischen“ Aspekten der Kriegsgefangenschaft, für die nach Ansicht der ZR die WK zuständig zeichnete, und „juristischen“ Aspekten, deren Bearbeitung ausschließlich der ZR vorbehalten sei, waren allerdings erhebliche Probleme verbunden. Böhme stellte die von der ZR vorgenommene Unterscheidung zwischen juristischen und historischen Aspekten der Kriegsgefangenschaft zwar nicht grundsätzlich in Frage, vertrat jedoch die Ansicht, dass diese Zuordnung vor allem im Fall der von jugoslawischer Seite angestrebten „Werschetzer Prozesse“, um die sich die Unstimmigkeiten drehten, nicht zutreffend sei<sup>129</sup>. Er sah in den Prozessen keine juristische, sondern eine *politische* Angelegenheit,

„eine politische Massnahme [...], die zu einer blutigen Farce ausgeartet ist. [...] Unterredungen mit ehemaligen Kriegsverurteilten, darunter auch mit Juristen, haben gezeigt, dass es nicht richtig wäre, den Schwerpunkt bei der Bewertung der Werschetzer Vorgänge auf das Recht zu legen. Damit käme man der jugoslawischen Behauptung, es habe sich hier um einwandfreie Gerichtsverfahren gehandelt, viel zu sehr entgegen.“<sup>130</sup>

<sup>127</sup> Die Ursprünge der ZR gehen in das Jahr 1949 zurück, als im Auftrag des Länderrats eine „Koordinierungsstelle des Rechtsschutzes für deutsche Gefangene im Ausland“ geschaffen wurde, die die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und des Deutschen Roten Kreuzes aufeinander abstimmen sollte. Deren Funktion ging ab 1950 in die Zentrale Rechtsschutzstelle im Bundesjustizministerium über. Im Dezember 1953 wurde die Stelle zum Auswärtigen Amt verschoben, 1960 erhielt sie den Auftrag zur dokumentarischen Aufarbeitung der Kriegsverbrecher-Prozesse (vgl. Gerd R. Ueberschär, Die sowjetischen Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene 1943–1952, in: Ders. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt a. M. 1999, S. 240–261, hier S. 252 f.). 1970 wurde die Rechtsschutzstelle aufgelöst, ohne dass eine Veröffentlichung ihrer Recherchen erfolgt wäre, was immer wieder Anlass zu Klagen unter anderem von Seiten des VdH gab. Vgl. z. B. Günther Wagenlehner, Urteil: „25 Jahre Arbeitslager“. Die Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Kriegsgefangene. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland, deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Düsseldorf 1995, S. 77–84, hier S. 81.

<sup>128</sup> BA-MA, B 205/1742, Vermerk Schlicker über Besprechung in der ZR des AA, 20. 7. 1962.

<sup>129</sup> Zu den Hintergründen der „Werschetzer Prozesse“ vgl. Maschke (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. 1/2, S. 340–346.

<sup>130</sup> BA-MA, B 205/1742, Aktenvermerk Böhme, 20. 7. 1962. Später hat Böhme diese Position etwas relativiert, indem er „das Schicksal der Kriegsverurteilten (nicht der Prozesse selbst)“ als

Der Konflikt um den Inhalt der Jugoslawien-Studie lässt deutlich werden, dass die Antwort auf die von der ZR aufgeworfene Frage der Zuständigkeit davon abhing, wie man die Kriegsgefangenschaft und die damit in Zusammenhang stehenden juristischen Verfahren bewertete. Deutlich wird darüber hinaus, dass das Auswärtige Amt darum bemüht war, den vermeintlich oder tatsächlich in der Studie enthaltenen politischen Sprengstoff zu entschärfen, um so außenpolitischen Konflikten vorzubeugen<sup>131</sup>. Hinzu kam ein zweiter Aspekt: Nicht nur an „sprachliche[n] und sonstige[n] Entgleisungen“<sup>132</sup> der wiedergegebenen Zeitzugausagen, die „einen jugoslawischen Leser unnötig reizen müssen“<sup>133</sup>, nahm die ZR Anstoß. Auch Textpassagen, die ein kritisches Licht auf das Verhalten der deutschen Kriegsgefangenen untereinander warfen, wurden scharf kritisiert, weil damit unnötigerweise „mit einer mit amtlichen Mitteln geförderten Publikation“ der „Gegenseite“ Argumente geliefert würden<sup>134</sup>; zudem bestehe die „Gefahr“, die Problematik des Nationalsozialismus erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die politische Sensibilität des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit der Dokumentation war demnach nicht nur darauf ausgerichtet, Formulierungen, die von den ehemaligen Gewahrsamsmächten als Anklage verstanden werden konnten, zu vermeiden<sup>135</sup>. Es ging auch darum, eine mögliche Debatte über den Nationalsozialismus und das Verhalten der Deutschen in Krieg und Gefangen-

---

in die Kriegsgefangenenngeschichte gehörend bezeichnete. Ebenda, Böhme, Vermerk für Maschke [ohne Datum]).

<sup>131</sup> Gerade der Konflikt um die Jugoslawien-Studie zeigt, dass BMVt und Auswärtiges Amt in Sachen WK nicht immer gleicher Meinung waren. Während sich das BMVt für die Veröffentlichung der gesamten Studie einsetzte, sprach sich das AA nach der Prüfung des Manuskripts strikt gegen eine Veröffentlichung des zweiten Bandes aus. Vgl. BA-MA, B 205/1742, von Haefen an Mischnick, 30. 7. 1962.

<sup>132</sup> BA-MA, B 205/1742, AA an Schlicker, 14. 9. 1962.

<sup>133</sup> BA-MA, B 205/1742, von Haefen an Mischnick, 30. 7. 1962.

<sup>134</sup> Dies betraf, wie zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Prüfung der einzelnen Bände durch das AA deutlich wurde, auch die Sorge, dass die Darstellungen vor allem hinsichtlich von Personenangaben durch östliche Nachrichtendienste ausgewertet werden könnten. Vgl. BA-MA, B 205/1762, Böhme an von zur Mühlen, 11. 1. 1967.

<sup>135</sup> Diese Sorge war nicht auf Jugoslawien und andere Ostblockstaaten beschränkt. Auch von Seiten des Westens befürchtete das AA negative politische Reaktionen: „Ob gerade der in diesen Tagen mit allem Nachdruck proklamierten neugeschaffenen deutsch-französischen Freundschaft ein Dienst erwiesen wird, wenn Detailschilderungen der Leiden deutscher Gefangener in französischen Kriegsgefangenenlagern [...] oder Berichte aus amerikanischen Lagern veröffentlicht werden, zu einem Zeitpunkt, wo das deutsche Schicksal von den Amerikanern abhängig ist, muß ebenfalls bezweifelt werden.“ BA-MA, B 205/1742, AA an Schlicker, 14. 9. 1962. Ähnliche Äußerungen finden sich in einem Schreiben, das Staatssekretär Karl Carstens am 28. 11. 1962 im Auftrag von Außenminister Gerhard Schröder an den Bundestagsabgeordneten Heinrich Windelen richtete (BA-MA, B 205/1742): „Gegen eine Veröffentlichung der Dokumentation, soweit sie die westlichen Länder betrifft, sind stärkste Bedenken geltend zu machen. Eine wahrheitsgemässe Darstellung könnte nicht an Tatsachen vorbeigehen, deren Herausstellung in der deutschen Öffentlichkeit schmerzliche Erinnerungen wachrufen würde. Die Erörterung des Schicksals deutscher Kriegsgefangener in den westlichen Gewahrsamsstaaten und hierbei erhobene Anklagen würden in diesen Ländern sehr unerwünschte Reaktionen und sicher auch Hinweise auf die Zustände in den deutschen Gefangenen-, Konzentrations- und

schaft zu verhindern. Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes war die Gefahr groß, durch die Veröffentlichung der Studie „Gegendokumentationen“ heraufzubeschwören, die die Zeit des Nationalsozialismus erneut auf den Plan rufen würden:

„Die Methoden des Dritten Reichs bei der Gefangenen-Behandlung insbesondere von ‚slawischen Untermenschen‘ sollten keineswegs in einer ausführlichen Gegendokumentation erneut aller Welt ins Bewußtsein gerufen werden.“<sup>136</sup>

Diese auf eine Vermeidung außenpolitischer Konflikte angelegte Strategie der Verhinderung größerer Debatten über die Zeit des Nationalsozialismus darf allerdings nicht als grundlegende Ablehnung einer Dokumentation der deutschen Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs durch das Auswärtige Amt gedeutet werden. Nicht gegen die Erstellung einer Dokumentation wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes Position bezogen, sondern ausschließlich gegen die Absicht, eine solche öffentlich zugänglich zu machen:

„Es soll damit nicht gegen die Durchführung einer derartigen Dokumentation Stellung genommen werden, die nicht nur von historischem, sondern auch politischem Wert sein kann, wenn derartige Material im Falle späterer Friedensverhandlungen bei der Erörterung etwaiger Reparationsansprüche bereitliegt. Im Falle Jugoslawien kann eine solche Dokumentation sogar geeignet sein, unangemessenen jugoslawischen Wiedergutmachungsansprüchen, wie sie erst kürzlich wieder erhoben worden sind, entgegengehalten zu werden oder sie abzuwehren.“<sup>137</sup>

Einerseits rechnete das Auswärtige Amt demnach noch 1962 mit der Möglichkeit eines Friedensvertrages und wollte auf diese Eventualität vorbereitet sein. Andererseits wurde von Seiten des Amtes die These vertreten, dass eine Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit schädlich sei, da dadurch außenpolitische Aussöhnung und innenpolitische Konsolidierung behindert und gestört werden könnten. Die Forschungsergebnisse sollten daher möglichst unter Verschluss gehalten und ausschließlich für den internen Gebrauch genutzt werden.

Die WK verfolgte andere Interessen und bestand ihrerseits, darin unterstützt vom BMVt, auf einer Veröffentlichung der Bände und auf deren Vertrieb durch den Buchhandel. Dazu wurde dem Auswärtigen Amt ein Papier vorgelegt, in dem unter anderem das Argument bemüht wurde, wonach die ehemaligen Kriegsgefangenen „einen Anspruch auf die Veröffentlichung ihrer Geschichte“ hätten<sup>138</sup>. Erst eine Veröffentlichung würde „das Schicksal der Kriegsgefangenen wirklich

---

Vernichtungslagern zur Folge haben. Damit wäre ein erneutes Aufleben antideutscher Gefühle in den westlichen Ländern verbunden.“

<sup>136</sup> BA-MA, B 205/1742, AA an Schlicker, 14. 9. 1962.

<sup>137</sup> Ebenda.

<sup>138</sup> BA-MA, B 205/1742, Papier „Gründe für die Publikation einer Schriftenreihe zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen“, 3. 10. 1962.

zu einem Stück deutscher Geschichte machen<sup>139</sup>. Auch der Hinweis auf die „strenge Objektivität“, der sich die WK verpflichtet fühle, wurde angeführt und den Gefahren möglicher Veröffentlichungen von dritter Seite, etwa „sensationalen Reportagen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen“, gegenübergestellt. Nur mit einer „streng wissenschaftlichen Veröffentlichung“, wie sie die WK plane, könne dieser Gefahr begegnet werden. Bewusst war sich die WK allerdings auch darüber, dass das Auswärtige Amt „immer den längeren Arm haben wird“ und daher „ernsthafte Auseinandersetzungen“ möglichst zu vermeiden seien<sup>140</sup>.

Wie die WK schon bald feststellen musste, war der Konflikt um die Drucklegung und die Veröffentlichung der Jugoslawien-Bände erst der Beginn einer langen Reihe von Auseinandersetzungen, die mit jeder Fertigstellung eines Manuskripts erneut aufbrachen und die hinsichtlich der Genehmigung zur Drucklegung und Veröffentlichung kein im Sinne der WK positiveres Ergebnis erbrachten. Nachdem Böhme die Bände überarbeitet und dabei die vom Auswärtigen Amt unterbreiteten Einwände „in nahezu allen Fällen berücksichtigt“ hatte<sup>141</sup>, wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes die Genehmigung zum Druck des ersten Bandes Ende 1962, des zweiten Bandes Ende 1963 erteilt. Beide Bände wurden allerdings nicht an den Buchhandel, sondern ausschließlich an verschiedene Dienststellen, darunter Ministerien, Ämter, Gerichte und Auslandsvertretungen der Bundesrepublik, sowie ausgewählte Bibliotheken ausgeliefert<sup>142</sup>. Für die die Sowjetunion betreffenden Bände erteilte das Auswärtige Amt zwar die Drucklaubnis, unterband allerdings deren Auslieferung. Eine Drucklegung der Studien zum westlichen Gewahrsam wurde „nicht als opportun erachtet“<sup>143</sup>. An dieser Verfahrensweise und Haltung sollte sich auch zukünftig nichts Wesentliches ändern. Alle Manuskripte mussten dem Auswärtigen Amt zur Prüfung vorgelegt und dessen Änderungswünsche berücksichtigt werden<sup>144</sup>. Auch blieben die

<sup>139</sup> Ebenda. In diesem Zusammenhang wurde auch das vom VdH auf seinem Stuttgarter Verbandstag vorgebrachte Argument angeführt, nachdem die weitere Kooperation vom Erscheinen der Bände abhängig gemacht werde, allerdings ohne die darin enthaltene Drohung kenntlich zu machen. Vielmehr zeigt sich darin eine Tendenz, die auch aus anderen Schriftstücken deutlich wird. Erstens scheint die WK dem VdH – zu Recht – einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Bundesregierung und ihre Institutionen unterstellt zu haben. Zweitens versuchte die WK, wann immer es ihr opportun schien, den Einfluss des VdH für ihre Zwecke zu nutzen. Vgl. dazu das vertrauliche Schreiben von Böhme an Kießling vom 11. 8. 1961, in: BA-MA, B 205/1757, in dem Kießling um eine Stellungnahme gegenüber dem BMVt zu Gunsten der WK gebeten wurde. Eine ähnlich lautende Bitte formulierte Böhme auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Drucklegung der Jugoslawien-Bände. Vgl. BA-MA, B 205/1742, Böhme an Kießling, 20. 7. 1962.

<sup>140</sup> Ebenda, Böhme, Vermerk für Maschke [ohne Datum].

<sup>141</sup> Ebenda, Böhme an Schlicker, 31. 7. 1963.

<sup>142</sup> BA-MA, B 205/1742, Nahm an Schlicker, 3. 12. 1963. In den Bibliotheken wurden die Bände allerdings sekretiert. Sie wurden weder in die Kataloge aufgenommen noch waren sie frei zugänglich.

<sup>143</sup> Ebenda.

<sup>144</sup> Zum Freigabeverfahren einzelner Bände vgl. Schriftwechsel in: BA-MA, B 205/1762.

Bände weiterhin nur „einer beschränkten Zahl von Bibliotheken, dem zuständigen Ausschuss des Bundestages und anderen im allgemeinen festzustellenden interessierten Stellen“ zugänglich<sup>145</sup>.

Für die WK war diese Situation insgesamt „untragbar“<sup>146</sup>. Bis zum Ende der Laufzeit des Projektes im Jahr 1972 unternahm ihre Mitarbeiter daher immer wieder Vorstöße, um die Freigabe der Bände zu erreichen. Maschke erklärte im Rahmen einer dieser Initiativen, dass es „völlig sinnlos“ sei,

„aus einem organischen Gesamtplan, der einige zwanzig Bände umfassen soll, einige wenige, zufällig übrig bleibende Bände zu publizieren. Ein solcher Torso könnte von mir wissenschaftlich nicht verantwortet werden und die Öffentlichkeit würde damit nicht das Geringste anfangen können.“<sup>147</sup>

Mit Unterstützung des BMVt versuchte die WK außerdem, über von ihr eingeholte positive Stellungnahmen aus dem westlichen Ausland eine Freigabe der Bände zu erreichen<sup>148</sup>. In diesem Zusammenhang argumentierte Staatssekretär Peter Paul Nahm (BMVt), dass eine Auslieferung der Bände nicht, wie das Auswärtige Amt befürchtete, negative Reaktionen des Auslands hervorrufen würde, sondern genau das Gegenteil bewirken könne:

„Man weiß also im Ausland, daß wir Material gesammelt, ausgewertet und gedruckt haben. Aus dieser Tatsache kann nach der mir begründet erscheinenden Meinung von Professor Maschke im übrigen Ausland gefolgert werden, daß die Dokumentation unwissenschaftlich sei, Greuelnachrichten sammle und infolgedessen der Öffentlichkeit z.Zt. nicht übergeben werden könne. Aber gerade das Gegenteil sei der Fall. So räume der Rußlandband mit der Schweigelagerlegende auf und betone, daß nicht nur die deutschen Gefangenen, sondern auch die Russen gehungert und gefroren hätten.“<sup>149</sup>

<sup>145</sup> BA-MA, B 205/1762, AA an BMVt, 22. 3. 1966. Tatsächlich bedeutete dies, dass bei Anfragen von institutioneller sowie individueller Seite für jeden Einzelfall die Genehmigung der Weitergabe der Bände eingeholt werden musste. BA-MA, B 205/1762, Böhme an von zur Mühlen (BMVt), 21. 3. 1966. Ende 1974 erhielten insgesamt 431 Empfänger die Schriftenreihe, davon 391 in der Bundesrepublik, 40 im Ausland. Neben den bereits genannten Stellen gehörten dazu Versorgungsämter, Sozial- und Arbeitsgerichte, die Bundeswehr, die Kirchen, Archive im In- und Ausland sowie 16 ausgewählte Wissenschaftler. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 35 f.

<sup>146</sup> BA-MA, B 205/1742, Vermerk Schlicker, 3. 12. 1963.

<sup>147</sup> BA-MA, B 205/1742, Maschke an Schlicker, 4. 7. 1963.

<sup>148</sup> Stellungnahmen in: BA-MA, B 205/5.

<sup>149</sup> BA-MA, B 205/1762, Nahm an Carstens, 7. 3. 1966. Die in den frühen Jahren der Bundesrepublik verbreitete Annahme der Existenz von sogenannten „Schweigelagern“ in der Sowjetunion muss vor dem Hintergrund der hohen Zahl von rund 1,5 Millionen nicht geklärten Vermisstenchicksalen gesehen werden. Noch in den 1960er Jahren meldeten sich Personen zu Wort, deren Angehörige als verschollen galten und die aufgrund von Aussagen ehemaliger Soldaten und Kriegsgefangener annahmen, dass diese noch am Leben seien, deshalb jedoch kein Lebenszeichen gaben, weil ihnen in „Schweigelagern“ in der Sowjetunion jeglicher Kontakt

Das Auswärtige Amt zeigte sich von solchen Argumenten, die auf das kritisch-aufklärerische, einigen in der Öffentlichkeit inzwischen verfestigten Mythen entgegenwirkende Potential der Studien verwiesen, unbeeindruckt. Auch weitere Versuche der WK, das Ministerium zu einem grundlegenden Umdenken zu bewegen, blieben erfolglos<sup>150</sup>.

Eine weitere, ebenso erfolglose Strategie bestand darin, auf die Gefahr einer möglichen Skandalisierung der Praxis des Auswärtigen Amtes hinzuweisen bzw. mehr oder weniger deutlich mit der Herstellung von Öffentlichkeit zu drohen. Nahm verwies in diesem Zusammenhang auf die „beunruhigenden“ Stimmen aus den Reihen des VdH, der „ein oft bekundetes Interesse an der Veröffentlichung“ habe, „über Abgeordnete in allen Fraktionen verfüge“ und eine parlamentarische Anfrage in dieser Sache vorbereite<sup>151</sup>. Maschke seinerseits war darum bemüht, das Auswärtige Amt, nachdem es erste Unstimmigkeiten aufgrund einiger Berichte in der Presse gegeben hatte, zumindest auf eine bei Anfragen kommunizierbare Sprachregelung festzulegen, in der die Verantwortlichkeit für die verhinderte Auslieferung der Bände klar benannt werden sollte<sup>152</sup>. Er schlug dem BMVt in diesem Zusammenhang vor, auf Anfrage folgende Auskunft zu erteilen:

„Die Untersuchungen über die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkriegs [...] sollen der Öffentlichkeit nur begrenzt zugänglich gemacht werden. Die Studien über die deutschen Kriegsgefangenen im Osten werden gedruckt, aber nur an wissenschaftliche Bibliotheken ausgeliefert. Sie stehen daher auf diesem Weg für die wissenschaftliche Benutzung zur Verfügung. Dagegen sollen die Untersuchungen über die deutschen Kriegsgefangenen in westlichen Gewahrsamsmächten infolge politischer Bedenken (auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes) nicht gedruckt werden.“<sup>153</sup>

Dieser Vorschlag ging allerdings selbst dem BMVt zu weit. Staatssekretär Nahm ließ mitteilen, dass „keine besondere Bekanntgabe“ zu erfolgen habe<sup>154</sup>. Insbesondere solle „davon abgesehen werden, irgendwelche Einzelheiten mitzuteilen“. Auch der Hinweis auf die Belieferung ausgewählter Bibliotheken brauche „nicht besonders erwähnt zu werden“, da dies ohnehin „bald bekannt werden wird“<sup>155</sup>.

zur Außenwelt verboten sei. Sowohl die WK als auch der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wiesen diese These in öffentlichen Stellungnahmen stets vehement zurück.

<sup>150</sup> Die Schieder-Kommission war hier erfolgreicher. Auch deren Manuskripte mussten dem Auswärtigen Amt zur Begutachtung vorgelegt werden, das die Veröffentlichung zwar in einigen Fällen aus politischen Gründen verzögerte, aber nicht gänzlich unterband. Vgl. Beer, Die Dokumentation, S. 107–109.

<sup>151</sup> BA-MA, B 205/1762, Nahm an Carstens, 7. 3. 1966. Dass diese Anfragen eher auf den Versuch einer Abrechnung mit der WK abzielten, wurde freilich nicht kommuniziert.

<sup>152</sup> BA-MA, B 205/1742, Vermerk Maschke, 9. 1. 1963.

<sup>153</sup> BA-MA, B 205/1742, Maschke an Schlicker, 7. 2. 1964.

<sup>154</sup> BA-MA, B 205/1742, Schlicker an Maschke, 14. 2. 1964. Auch daran scheint sich im Verlauf der Jahre nichts Wesentliches geändert zu haben. Selbst auf eine zwei Jahre später von Böhme gestartete Anfrage ließ das BMVt wissen, dass eine Beantwortung möglicher Anfragen „hinauszögern“ sei. Vgl. BA-MA, B 205/1762, von zur Mühlen an Böhme, 1. 4. 1966.

<sup>155</sup> Ebenda.



Nahms Vermutung, dass die Öffentlichkeit auch ohne Mitteilung auf die Problematik aufmerksam werden würde, sowie die von Maschke geäußerte Sorge, dass das Interesse der Presse durch die Ablehnung von Auskünften „besonders geweckt“ werden und zudem ein falsches Bild von der Arbeit der WK und dem Inhalt der Forschungsergebnisse entstehen könnte<sup>156</sup>, sollte sich bald als zutreffend erweisen.

Im April 1969 veröffentlichte *Der Spiegel* einen umfangreichen Bericht über die deutschen Kriegsgefangenen, in dem nicht nur die verweigerte Freigabe der Bände thematisiert, sondern auch ausführlich auf die in den sekretierten Bänden dokumentierten Forschungsergebnisse der WK eingegangen wurde<sup>157</sup>. Die Reaktion der WK auf den *Spiegel*-Bericht war zweideutig: Einerseits war sie darum bemüht, öffentlich jegliche Beteiligung am Zustandekommen des Artikels von der Hand zu weisen. Maschke erklärte in einer „Gegendarstellung“, die WK habe der *Spiegel*-Redaktion die entsprechenden Bände nicht zur Verfügung gestellt, diese sei vielmehr „auf einem der WK unbekanntem Wege auf die Bände gestoßen“<sup>158</sup>. Andererseits war Maschke mit dem Erscheinen des Artikels hochzufrieden, da er dadurch „die Dinge doch so sehr in Gang gekommen“ sah, „daß wir nun eine größere Öffentlichkeit erreichen werden“. Nicht zuletzt erhoffte er sich dadurch die „Auflockerung der Sekretierung unserer Bände bei den wissenschaftlichen Bibliotheken“, zumindest aber eine Behandlung „im gleichen Sinne wie die nationalsozialistische Literatur“, die mit Genehmigung von Bibliotheksleitern oder Empfehlungsschreibern von Professoren zur Benutzung freigegeben war<sup>159</sup>.

Ob die im Juli 1969 tatsächlich erfolgte Lockerung der Sekretierung mit der *Spiegel*-Veröffentlichung in Zusammenhang stand, muss dahingestellt bleiben<sup>160</sup>. Die Berichterstattung gab allerdings Anlass für eine Anfrage, die der Bundestagsabgeordnete Baier (CDU/CSU) in der Fragestunde des Bundestages am 25. April 1969 an Außenminister Willy Brandt richtete<sup>161</sup>. Darin wurde Brandt gebeten, über das Vorgehen des Auswärtigen Amtes und die Gründe für die Sekretierung der Bände Auskunft zu erteilen<sup>162</sup>. Brandt erklärte nun öffentlich, was den Beteiligten aus dem internen Schriftverkehr bereits seit Jahren bekannt war: Eine „massierte Publizierung des Materials“ könne den Eindruck einer politischen

<sup>156</sup> Durch die Ablehnung von Auskünften entstehe „der Verdacht einer Geheimniskrämerei, zu dem in Wirklichkeit kein Anlass ist. Die Presse muss den Eindruck erhalten, dass die WK über politisch bedenkliches Material verfügt.“ BA-MA, B 205/1742, Vermerk Maschke, 9. 1. 1963.

<sup>157</sup> Kriegsgefangene. Skoro domoi, in: *Der Spiegel* vom 14. 4. 1969, S. 68–92.

<sup>158</sup> Gegendarstellung, in: *Der Heimkehrer* 19 (1969), Nr. 13, S. 4.

<sup>159</sup> BA-MA, B 205/1762, Maschke an Ventzki, 7. 5. 1969.

<sup>160</sup> Von diesem Zeitpunkt an waren die in den Bibliotheken vorhandenen Bände für wissenschaftliche Zwecke einschließlich der Anfertigung von Dissertationen zugänglich. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen*, Bd. XV, S. 36.

<sup>161</sup> So zumindest die Ansicht von Maschke: „Es ist mir außerordentlich interessant, daß der Aufsatz im ‚Spiegel‘ nun auch zu einer Anfrage im Bundestag geführt hat.“ BA-MA, B 205/1762, Maschke an Ventzki, 7. 5. 1969.

<sup>162</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 5. Wahlperiode, 229. Sitzung, 25. 4. 1969, Bonn 1969, S. 12629–12631.

Absicht erwecken und eine unerwünschte Diskussion im In- und Ausland provozieren. Damit sei die Gefahr verbunden, „alte Wunden“ aufzureißen. Und dies sei „der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich“. Von daher habe das Auswärtige Amt beschlossen, erst nach der Fertigstellung aller Bände über deren Freigabe zu entscheiden<sup>163</sup>. In den Antworten auf weitere Anfragen von Bundestagsabgeordneten im Jahr 1971 wurde diese Haltung erneut bestätigt. Die Bundesregierung werde, so Staatssekretär Karl Moersch (AA), die Dokumentation der Öffentlichkeit freigeben, „wenn nach Abschluß der Dokumentation eine Überprüfung zu dem Ergebnis führt, daß gegen eine uneingeschränkte Freigabe keine Bedenken bestehen“<sup>164</sup>. Die Kriterien, nach denen dabei verfahren werde, seien „die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind es, zu einer Versöhnungspolitik in Europa zu kommen“<sup>165</sup>.

Zumindest innenpolitisch schien die Strategie, die das Auswärtige Amt verfolgte, nicht ganz aufzugehen. Zwar lösten die Bände, über deren Existenz die Öffentlichkeit inzwischen informiert war, keine Debatte über die nationalsozialistischen Verbrechen aus, aber einige Zeitschriften sprangen doch auf die These von der „Geheimniskrämerei“ an. Damit bestätigte sich Maschkes immer wieder vorgebrachte Befürchtung, eine Sekretierung der Bände würde genau das Gegenteil von dem bewirken, was die Regierung erreichen wolle: nämlich zuallererst Misstrauen und Neugier wecken. Auch seine Sorge, dass damit ein falsches Licht auf die Forschungsergebnisse der WK falle, schien sich nun zu bewahrheiten. „Womit läßt sich die Bonner Geheimnistuerei erklären? Ist die Wahrheit über die Kriegsgefangenschaft so grausam, daß niemand sich heute traut, sie in ihrer ganzen Unmenschlichkeit offenzulegen?“, fragte die *Neue Westfälische* am 9. Februar 1972. Den Höhepunkt dieser Art von Berichterstattung lieferte die *Quick*, die im März 1972 eine neunteilige Serie mit dem Titel „Keiner sollte wissen, wie sie starben. Die geheimen Dokumente über das erschütternde Schicksal von 1,5 Millionen Kriegsgefangenen“ startete<sup>166</sup>. Mit den „geheimen Dokumenten“ waren die Studien der WK gemeint, die sich die Redaktion auf unbekanntem Weg verschafft hatte. *Quick* ließ seine Leser wissen, das Thema der Serie sei „der grausame Tod von 1,5 Millionen deutschen Soldaten“, über den die Gesellschaft nichts erfahren dürfe: „Wir dürfen nicht wissen, was diese elf Millionen deutschen Männer litten. Wir sollen nicht erfahren, wie 1,5 Millionen starben.“<sup>167</sup> Die „Geheimniskräme-

<sup>163</sup> Ebenda, S. 12630.

<sup>164</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 146. Sitzung, 22. 10. 1971, Bonn 1971, S. 8409.

<sup>165</sup> Ebenda, S. 8410. Auch eine in der 139. Sitzung behandelte schriftliche Anfrage des Abgeordneten Niegel (CDU/CSU) hatte nichts anderes ergeben. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 139. Sitzung, 1. 10. 1971, S. 8073 f. Allerdings wurde der Kreis der Empfänger der Schriftenreihe nach 1969 weiter ausgedehnt. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 35.

<sup>166</sup> Vgl. *Quick* vom 8. 3. 1972 bis 3. 5. 1972.

<sup>167</sup> *Quick* vom 8. 3. 1972, S. 3.

rei“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Studien der WK sei unverständlich, da es sich dabei „um eine unbestechliche, historische Arbeit“ handle, um „nichts weiter als die Wahrheit“, um „schlicht und einfach ein Stück Geschichte“: „Und Geschichte kann echte Versöhnung unter den Völkern nicht stören“. Sogar die „Herstellung historischer Gerechtigkeit“ wurde beschworen, die dazu beitragen solle, „dass die Jungen ihre Väter mit anderen Augen sehen und die Älteren an die Zeit denken, in der ihr Leben erloschen schien“<sup>168</sup>.

Maschkes letzter Versuch, die allgemeine Freigabe der Bände zu erwirken, erfolgte auch als Reaktion auf die in seinen Augen schädliche Wirkung der *Quick*-Serie. Wieder wurden im Zusammenhang mit den deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs Mythen gestrickt, die er und seine Mitarbeiter doch gerade zu entzaubern suchten. Nur wenige Tage vor der Auflösung der WK zum Ende des Jahres 1972 richtete er ein Schreiben an Außenminister Scheel und Innenminister Genscher, in welchem er erneut auf die schädliche Wirkung der Zurückhaltung der Studie verwies und auf der Dringlichkeit der Freigabe beharrte:

„Eben diese beschränkte Freigabe hat dazu geführt, daß die Diskussion der Bände der WK in der Öffentlichkeit ohne unser Zutun und gegen unseren Willen eine völlig falsche Akzentuierung erhalten hat, indem die Studien als zurückgehaltene Publikationen der Regierung über Verbrechen an ehemaligen deutschen Soldaten mißdeutet werden. Die Schriftenreihe als Ganzes gibt hierzu nicht den geringsten Anlaß. Die streng wissenschaftlichen, anerkannt objektiven Darstellungen des Gefangenschicksals, für die westlichen Gewahrsamsmächte überdies ergänzt durch vertrauensvoll überlassene interne Akten dieser ehemaligen Gewahrsamsstaaten und das reiche Berichtsmaterial des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (Genf), sind von mir und meinen Autoren und Mitarbeitern ganz im Gegenteil niedergeschrieben unter dem Gesichtspunkt, zwischen den ehemals verfeindeten Völkern Brücken des gegenseitigen Verstehens zu schlagen. Das mehrfache Echo ausländischer Gelehrter und Journalisten bestätigt uns, daß diese Konzeption richtig verstanden worden ist.“<sup>169</sup>

Ein Jahr nach der Fertigstellung des letzten Bandes wurde Maschkes dringlichem Wunsch schließlich entsprochen. Im Dezember 1975 gab das Innenministerium die Schriftenreihe für den Verkauf im Buchhandel frei<sup>170</sup>, nachdem bis zum Ende des Jahres 1972 die verbleibenden Forschungsarbeiten auf der Basis von Werkverträgen fertiggestellt worden waren. Für die Rezeption der Bände war diese spät erfolgte Freigabe sicherlich nicht förderlich. Wer vor 1975 in die Schriftenreihe Einsicht nehmen wollte, fand zwar Mittel und Wege, wie die

<sup>168</sup> Ebenda.

<sup>169</sup> BA-MA, B 205/5, Maschke an Scheel, 28. 12. 1972, und Maschke an Genscher, 28. 12. 1972.

<sup>170</sup> Dies hatte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Baum, in der Fragestunde im Deutschen Bundestag am 26. 11. 1975 bekannt gegeben. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 202. Sitzung, 26. 11. 1975, Bonn 1975, S. 14005.

Berichterstattungen im *Spiegel* und in der *Quick* zeigten. Eine größere Aufmerksamkeit fanden die Studien allerdings bis heute nicht und auch die Versuche der Skandalisierung des Vorgehens des Auswärtigen Amtes in einigen Medienberichten konnten eine solche nicht bewirken.

#### 4. Schlussfolgerungen

Die Geschichte der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangengeschichte ist ein Lehrstück über Konflikte, die aus dem Spannungsverhältnis von Zeitgeschichtsschreibung, Erinnerung und Politik resultieren. Im Zentrum der Auseinandersetzungen um die angemessene Deutung und Darstellung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs standen die Mitarbeiter der WK, die umso vehementer auf ihrem Anspruch auf wissenschaftlicher Objektivität beharrten, je mehr von Seiten des VdH und des Auswärtigen Amtes der Versuch unternommen wurde, Einfluss auf die Studien zu nehmen. Die WK war dabei keineswegs blind gegenüber den Gefahren, die eine offene Thematisierung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft barg. Dem möglichen Vorwurf, mit ihren Studien einer Aufrechnung der nationalsozialistischen Verbrechen Vorschub zu leisten, begegneten sie zum einen mit einer Initiative, die parallele Forschungsprojekte zu den Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam anregte. Neben diesem Vorschlag einer vergleichenden Geschichtsschreibung der Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs meinten sie Verständigung zwischen den ehemaligen Gegnern des Zweiten Weltkriegs gerade durch eine offene Thematisierung auch schwieriger Aspekte der Kriegsgefangenschaft schaffen zu können. Damit sollte einer Legendenbildung auf Seiten aller beteiligten Staaten und Gesellschaften entgegengewirkt werden. Dieses Beharren auf wissenschaftlicher Objektivität verhinderte allerdings auch, dass die Mitarbeiter der WK nach methodischen Ansätzen suchten, die die Bedürfnisse der Betroffenen zumindest teilweise berücksichtigten und integrierten. Von der Interessenvertretung der ehemaligen Kriegsgefangenen unter Druck gesetzt, unternahm die WK nicht einmal den Versuch, die Erinnerungen der Betroffenen in ihr Konzept einer Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs einzu beziehen.

Die Positionen des VdH im Konflikt um das Forschungsprojekt zur deutschen Kriegsgefangengeschichte waren deutlich von der spezifischen Struktur und Funktionsweise kollektiver politischer Erinnerungen geprägt, die sich durch eine regelrechte Überhöhung von eigenen Erfahrungen, durch inhaltliche Engführung und eine ausgesprochene Intoleranz gegenüber alternativen Deutungen auszeichnete. Dem wissenschaftlichen Anspruch der WK wurde eine eindimensionale Deutung des vergangenen Geschehens gegenübergestellt, das ausschließlich auf das subjektive Erleben fokussiert blieb und darüber hinaus vollständig auf die Einordnung in den zeithistorischen Kontext und auf die Klärung von Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs verzichtete. Darüber hinaus diente dieser ausgesprochen selektive Rückgriff auf das vergangene Geschehen der Legitimation von gegenwärtigen Interessen des

Verbandes – auch dies ein durchaus typisches Merkmal politischer Erinnerungen. Im Fall des VdH wurde damit nicht nur die kollektive Identität des Verbandes fundiert, sondern auch der Anspruch auf den Status einer Deutungselite abgeleitet. Deshalb waren die Deutungen des Verbandes weniger auf das vergangene Geschehen, sondern vielmehr fast ausschließlich auf die „Lehren“ ausgerichtet, die aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen seien.

Aus der Perspektive des Auswärtigen Amtes schließlich war nicht nur die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, sondern jede Thematisierung des Nationalsozialismus und seiner unmittelbaren Folgen ein Pulverfass, das sowohl außenpolitische Aussöhnung wie auch innenpolitische Konsolidierung gefährdete. Erst dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schien dieser politische Sprengstoff soweit entschärft, dass einer Veröffentlichung nichts mehr entgegenstand. Bis zu diesem Zeitpunkt wies die Position des Auswärtigen Amtes auch über die im Untersuchungszeitraum erfolgten Regierungswechsel hinweg eine deutliche Kontinuität auf. Die Sorge um das Gelingen außenpolitischer Versöhnung und innenpolitischer Konsolidierung veranlassten das Ministerium zu einem Vorgehen, das sich als Versuch der Unterdrückung von potentiellen Konflikterinnerungen von offizieller Seite beschreiben lässt. Sowohl die Medienberichterstattung, die Hartnäckigkeit der WK in der Frage der Veröffentlichung der Schriftenreihe als auch die Aktivitäten des VdH machen jedoch deutlich, dass der Versuch, Erinnerungen zu unterdrücken und Vergessen zu steuern, in einer Demokratie ein schwieriges, wenn nicht gar hoffnungsloses Unterfangen ist.

Angesichts der politischen Sensibilität des Auswärtigen Amtes in der Frage der möglichen Negativwirkung von Vergangenheitsdarstellungen stellt sich allerdings die Frage, was die Bundesregierung dazu veranlasste, eine Studie zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte überhaupt in Auftrag zu geben. Die politischen Akteure, so lautet die Antwort, wollten auf die Eventualität von Friedensverhandlungen vorbereitet sein. Damit aber rückt eine zweite Vergangenheit in den Blick. Nicht ausschließlich die Nachwirkungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft waren in diesem Zusammenhang relevant. Vielmehr ging es auch um die Frage nach den „Lehren“, die aus der Zwischenkriegszeit zu gewinnen waren. Die Bundesregierung zog mit der Entscheidung, eine Studie zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs in Auftrag zu geben, Konsequenzen aus den deutschen Friedensvorbereitungen für Versailles 1918/19, die nicht nur in der weithin geteilten zeitgenössischen Interpretation als misslungen galten. Wie sich am Beispiel der Geschichte der WK auch zeigen lässt, gerieten diese Lehren allerdings in ein deutliches Spannungsverhältnis zu den aus dem Zweiten Weltkrieg und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu ziehenden Erkenntnissen, die für ein politisch sensibles Vorgehen gewichtige Gründe lieferten. Diese konkurrierenden, zumindest aber in einem gewissen Widerspruch stehenden Lehren aus Vergangenheiten legen es nahe, die Frage nach der Wirkung vergangener Zeiten und historischer Ereignisse weiter und offener zu fassen, als dies in Studien zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Regel geschieht.